DEMOKRATISCHER WIDERSTAND

N° 5 der auflagenstärksten Wochenzeitung der Republik. Frei und kostenlos, Spende kommt der VerteilerIn zugute.

Herausgegeben von Anselm Lenz, Batseba N'diaye und Hendrik Sodenkamp mit Prof. Giorgio Agamben, ab Samstag, 16. Mai 2020, Berlin und bundesweit

Türklerimiz için sayfa 7!
ENGLISH READERS PAGE 7



Die Geister, die sie riefen
von Anselm Lenz

Es begann damit, dass Menschen wie Du und ich Grundgesetze verteilen wollten. Unseren liberalen und überparteilichen Verfassungstext.

Seither schreibt ein fanatisiertes Kartell aus Regierungsfunktionären, Medien- und Konzernjunta eine Bedrohung von rechts- und linksaußen herbei. Die abstürzenden Machthaber und deren Speichellecker fühlen sich in ihrem Burgfrieden gestört, weil wir, die Leute, etwas wollen. Nämlich unsere liberalen Freiheitsrechte. Und eine ergebnisoffene und basisdemokratische Verhandlung über unsere künftige Wirtschaftsgesetzgebung. Denn das Corona-Regime überlagert nur den Zusammensturz seines eigenen Finanzmarktsystems. Es stehen DemokratInnen gegen Totalitäre.

Freunde des Grundgesetzes stellen klar: Hinter die Republik geht es nicht zurück! Wir stehen auf gegen die verfassungsbrüchige Regierung. Gegen die Terrormaßnahmen. Und ebenso sicher: Gegen Nazis! Mit unserem liberalen Grundgesetz lässt sich kein Ständestaat machen. Jene Geister, die das Kartell herbeirief, sind deren Problem, nicht unseres. Wir werden die liberalen Rechte wiederherstellen und erzielen Erfolge. Unser Dreiklang:

Freiheit, Gleichheit, Geschwisterlichkeit!

Ja!

IMMER SAMSTAGS AB 14:30 BUNDESWEIT AUF STADTPLÄTZEN. HIER SCHREIBT DIE OPPOSITION FÜR

Republik, Gewaltenteilung, Demokratie.

TSCHÜß, CORONA-DIKTATUR!

Wir sind die Opposition!

Man wird uns nicht mehr los
von Anne Höhne & Hendrik Sodenkamp

Neuer Leak aus dem BMI (S. 13): Der Demokratische Widerstand wächst. 10.000 Menschen demonstrieren allein in Stuttgart friedlich für die Republik. Es hat sich ein umfassendes Netzwerk an Widerstandsgruppen für das Grundgesetz und gegen die Regierung gebildet. An vielen Orten (S. 8 bis 12) kann der Protest ohne Gewalt der Polizei stattfinden.

In der Zwischenzeit spielt die undemokratische Regierung mit der Zwangsimpfung. Der Widerstand konnte dies vorerst abwenden. Der Gesundheitskomplex (S. 4/5) wird in seiner Historie, Gegenwart und auf seine Möglichkeiten hin beleuchtet. Niemand kann die einseitige staatliche Propaganda mehr hören (S. 3). Eine gallopierende Rezession naht. Verbreitete Riten der ökonomischen Kultreligion können jetzt noch einmal spielerisch untersucht werden (S. 6/7), bevor neue Wirtschaftsregeln (basis-)demokratisch ausgehandelt werden. Die Regierungsmedien sind im Meer der Zeichen versunken (S. 14/15) und wünschen sich in ihrem Untergang immer unverhohlener eine verfassungsfeindliche Opposition. Nicht mit uns.

Wie danken allen SpenderInnen, die diese Zeitung möglich machen. Die Redaktion zieht sich nach dieser Ausgabe N°5 zur Vorbereitung der kommenden Schritte für eine Woche zurück.

»45 FORDERUNGEN«

GLOSSE — *von Jill Sandjaja*

Seit 45 Tagen befinde ich mich nun im Widerstand und kämpfe für den Erhalt unserer Grundgesetze. Jedoch gibt es immer noch Stimmen, die meinen Protest nicht verstehen. Krude Theorien rund um den Demokratischen Widerstand werden aufgestellt und unsere Forderungen scheinen für viele noch unklar. Hiermit möchte ich nicht darauf eingehen, warum ich überhaupt einen Aufstand mache, sondern Klarheit über meine Forderungen schaffen. Meine Forderungen sind:

1. Die Einschränkungen von unseren Grundrechten werden SOFORT wieder aufgehoben!
2. Die soziale Isolation wird sofort beendet.
3. Keine verodnete häusliche Quarantäne und Meldepflicht beim Gesundheitsamt für Rückreisende.
4. Kein Mindestabstand zu anderen Personen.
5. Händeschütteln ist erwünscht und erlaubt. Umarmungen bei der Begrüßung sind auch gern gesehen!
6. Mundschutz beziehungsweise Maulkorb darf freiwillig getragen werden.
7. Das Kontaktverbot wird aufgehoben.
8. Im öffentlichen Raum – etwa in Parks oder auf den Straßen – ist der Aufenthalt erlaubt.
9. Auf fest installierten Sitzgelegenheiten ist das Verweilen allein oder mit anderen Personen zulässig.
10. Das Sitzen oder Liegen auf Wiesen und Freiflächen ist allein und mit anderen Personen zulässig.
11. Im Freien ist das Grillen und das Zubereiten sowie das gewerbliche Anbieten von Speisen erlaubt.
12. Freundliche physische Kontakte sind auf das absolut menschliche Maximum zu steigern und Gruppenbildungen sind in Ordnung.
13. Kinder dürfen andere Kinder treffen und sie dürfen miteinander spielen.
14. Versammlungen und Demonstrationen unabhängig ihrer Teilnehmerzahl werden zugelassen.
15. Ladengeschäfte aller Art, inklusive Verkaufsstellen in Einkaufszentren und Shoppingmalls, an Bahnhöfen, Kioske und mobile Verkaufsstände dürfen ohne Einschränkungen öffnen.
16. Restaurants, Imbisse, Cafés, Schankwirtschaften, Rauchergaststätten und Shisha-Bars dürfen sofort ohne Einschränkungen wieder öffnen.
17. Gottesdienste, Veranstaltungen von Versammlungen und Zusammenkünfte religiöser oder kultischer Natur dürfen ohne Einschränkung stattfinden.
18. Trauerfeiern, Taufen, Hochzeiten und Beerdigungen dürfen ohne Einschränkungen wieder stattfinden.
19. Staatliche, private und konfessionelle Hochschulen dürfen ihren Betrieb wieder uneingeschränkt fortsetzen.
20. Der Zugang und Betrieb von Instituten und Einrichtungen der außeruniversitären und universitären Forschung ist ohne Einschränkungen möglich.
21. Wissenschaftliche Bibliotheken und Archive werden wieder uneingeschränkt öffnen.
22. Auch die Mensen und Cafeterien des Studierendenwerkes werden wieder geöffnet, verdammt nochmal.
23. Kitas, Schulen, Volkshoch- und Musikschulen dürfen wieder uneingeschränkt ihren Betrieb aufnehmen.
24. Hotels und Betreibende von Ferienwohnungen dürfen wieder ihren Betrieb aufnehemen.
25. Theater, Opernhäuser, Konzerthallen, Museen, und Lichtspielhäuser und jegliche Bühne des öffentlich- kulturellen Raums können wieder Leben in sich aufnehmen. Auferstehung!
26. Grenzöffnung! Freizügigkeit!
27. Der Betrieb auf und in allen öffentlichen und privaten Sportanlagen, Schwimmbädern, Frei- und Strandbädern, Fitnessstudios sowie Saunen, Dampfbädern und ähnlichen Einrichtungen ist ohne Einschränkungen erlaubt.
28. Die Regelungen des Infektionsschutzgesetzes sind Banane.
29. Der Sozialstaat wird wieder ins Leben gerufen.
30. Die Fehler und die Fehlentwicklung der heutigen und früheren Regierungen werden korrigiert.
31. Solidarität wird empfohlen im Sinne eines politischen Wechsels.
32. Die Interessenspolitik der Reichen und Machtgeilen hat ein Ende.
33. Veranstaltungen und Zusammenkünfte, einschließlich Sitzungen des Parlaments der Europäischen Union, seiner Fraktionen und Ausschüsse, des Deutschen Bundestages, seiner Fraktionen und Ausschüsse, des Bundesrates und seiner Ausschüsse, des Abgeordnetenhauses, seiner Fraktionen und Ausschüsse, der Bundesregierung, des Senats von Berlin, des Rats der Bürgermeister und seiner Ausschüsse — (die Krisenmachergremien) werden bis auf Weiteres nicht mehr stattfinden.
34. Die Krisenmacher werden sich vor einem Gericht verantworten müssen — das Corona-Tribunal.
35. Drosten soll nochmal Medizin studieren, glaube ich.
36. *Hubert Burda Media, Axel Springer, Bertelsmann, G+J, Die Zeit, ARD, ZDF, Holzbrinck Publishing Group, Verlagsgruppe Handelsblatt, Funke Medien Gruppe, taz, Süddeutsche Zeitung* und die *Frankfurter Allgemeine* – dieses deutsche Mediennetzwerk beendet sofort seine Propaganda. Sie werden in Zukunft fair und sachlich berichten oder andere machen das für sie.
37. Meinungsfreiheit, öffentliche Debatten und Dialoge bilden den Grundkern einer Demokratie.
38. Eine neue, echte Demokratie wird geboren.
39. Jede lebende Person in der Bundesrepublik Deutschland erhält ein bedingungsloses Grundeinkommen und eine Entschädigung für die Corona-Krise.
40. Die witschaftliche Profitgier findet ein Ende.
41. Einen Niedriglohnsektor gibt es nicht mehr. Arbeitsverträge werden neu verhandelt. Echte Gewerkschaften!
42. Das Wirtschaftssystem wird neu geordnet.
43. Es gibt eine solidarische Krankenkasse für alle. Jeder erhält die gleiche medizinische Versorgung.
44. Es werden sinnvolle Maßnahmen eingeleitet, wie die Hungersnot auf der Welt zu beenden (alle zehn Sekunden stirbt ein Kind an Hunger).
45. Produkte von Unternehmen wie *google* und *Microsoft* sowie sonstige Firmen, die mit Geheimdiensten kooperieren, und persönliche Daten speichern und sammeln sind nicht zulässig.

Zum Geleit
EIN DEMOKRATISCHER GRUSS!

Die Redaktion möchte sich Ihnen vorstellen und sich erklären. Gestatten?

Wir sind die Redaktion des Demokratischen Widerstandes in Berlin. Wir sind unabhängig von den Parteien oder anderen korrumpierbaren und erpressbaren Strukturen. Wir sind Liberale. Wir sind MedizinerInnen, Journalisten, Arbeiter, Juristen, Künstler, Alte und Junge. Uns ist daran gelegen, dass die liberalen Freiheitsrechte unserer Verfassung, dem Grundgesetz, vollständig wiederhergestellt werden. Wenn uns dies gelingt, werden wir diesen Erfolg gemeinsam feiern mit allen, die sich daran beteiligt haben, auch über Animositäten hinweg. Denn die Grundlage, sich auch poitisch streiten oder gar schneiden zu können, sind die liberalen Grundrechte. Doch diese sind derzeit von der Regierung abgeschafft worden, die sich mit Verordnungen ermächtigt hat.

WARUM GIBT ES DIESE ZEITUNG?

– UND WARUM IN EINER AUFLAGE VON 500.000 (!) EXEMPLAREN?

Ganz einfach! Wir sind Liberale fernab von Parteien und Abhängigkeiten. Wir sind der Ansicht, dass zuviele Menschen zuhause von der Regierung in Todesangst gehalten werden. **Die Regierung projiziert ihre eigene Panik wegen des Zusammenbruchs des Finanzmarktkapitalismus auf uns, die anderen Menschen, die in deren System nie eine grundlegende Wahl gehabt haben, wie dieses eingerichtet wird.** Thomas Schäfer (CDU), Finanzminister des Landes Hessen, hat sich bereits das Leben genommen. Viele andere Tragödien spielen sich ab. **Die Unbekannten, Stillen, Vergessenen, Alten und Kranken sind für uns keine Namenlosen — sie gehören alle zu uns.**

Zugleich ist diese Krise auch eine Chance zur Erneuerung unseres demokratischen Miteinanders. Wir vom Demokratischen Widerstand setzen uns dafür ein, dass unsere künftige **Wirtschaftsgesetzgebung (basis-) demokratisch, transparent & ergebnisoffen** verhandelt werden muss. Denn wir alle werden unter den neuen Regeln zu leben haben. Die fünfte Ausgabe unserer Wochenzeitung, die mittlerweile die größte der Republik sein dürfte, kommt mit dem Hammer-Leak (Seite 13)! Kein Zurück! — *Die Redaktion*



A DEMOCRATIC GREETING FROM BERLIN!
UNSALUTDÉMOCRATIQUEDEBERLIN!
BERLİN'DEN DEMOKRATİK BİR SELAMLAMA!

*We are liberals in democratic and antifascist resistance in the Federal Republic of Germany.
We publish and fight to defend our liberal constitution, the basic law – contact us via
NICHTOHNEUNS.DE / demokratischerwiderstand@protonmail.com
Kommunikationsstelle Demokratischer Widerstand e.V.i.Gr. Berlin
Bureau de la communication pour la résistance démocratique Berlin
Communication Office for Democratic Resistance Berlin*

GROSSE KOALITION DER OPPOSITIONELLEN!

Ja, es gibt eine Opposition im Deutschland des Jahres 2020 und diese ist liberal im Sinne des Grundgesetzes. Am 07. Mai 2020 fand die Bundespressekonferenz der Großen Koalition der Opposition in Berlin statt.

Es sprachen die Mediziner Heiko Schöning und Walter Weber für die Ärzte für Auklärung, der Altenpfleger und Buchautor Lothar Hirneise für *ichbinanderermeinung* und Anne Höhne für die Kommunikationsstelle Demokratischer Widerstand. Es gab klare Statements zu oppositionellen Analysen zum Virus und zur Verhältnismäßigkeit der Maßnahmen, das Verhältnis zur erst vor Kurzem gegründeten Partei Bodo Schiffmanns, die seit Wochen bundesweit stattfindenden Hygiene-Grundgesetz-Demos, Michael Müller und Klaus Lederer, liberale Grundrechte international und Verfassungsklagen.

Ärzte-für-Aufklärung.de
ichbinanderermeinung.de
nichtohneuns.de

WAS ZEIGT DIE MEDIZINISCHE GRAFIK?

Die untenstehende Statistik zeigt die Sterbefälle in der Bundesrepublik bis zum 12. April 2020. Der gefettete Graph stellt die Sterbefälle in unserem Jahr 2020 dar.

Daraus geht hervor, dass die Anzahl der Gestorbenen im Winter und Frühjahr 2020 deutlich unter den Zahlen von 2018 und ähnlich den Zahlen von 2018, 2017 und 2016 liegt. Es gibt demnach keine völlig außergewöhnliche Übersterblichkeit.

Der Sars-Cov-2-Virus (Corona) existiert. Er ist auch nicht völlig ungefährlich. Corona ist jedoch nicht oder nicht wesentlich bedrohlicher als andere Grippeinfektwellen, wie sie zu jedem Jahreswechsel auf der Nordhalbkugel stattfinden.

Denn wäre Corona übermäßig bedrohlich – oder gar menschheitsbrohend —, dann müsste die Sterberate von uns als Menschen signifikant und ganz außergewöhnlich ansteigen. Das ist aber nicht der Fall.

Die Statistik ist die aktuellste des Statistischen Bundesamtes.

ÄRZTINNEN UND ÄRZTE IM DEMOKRATISCHEN WIDERSTAND:

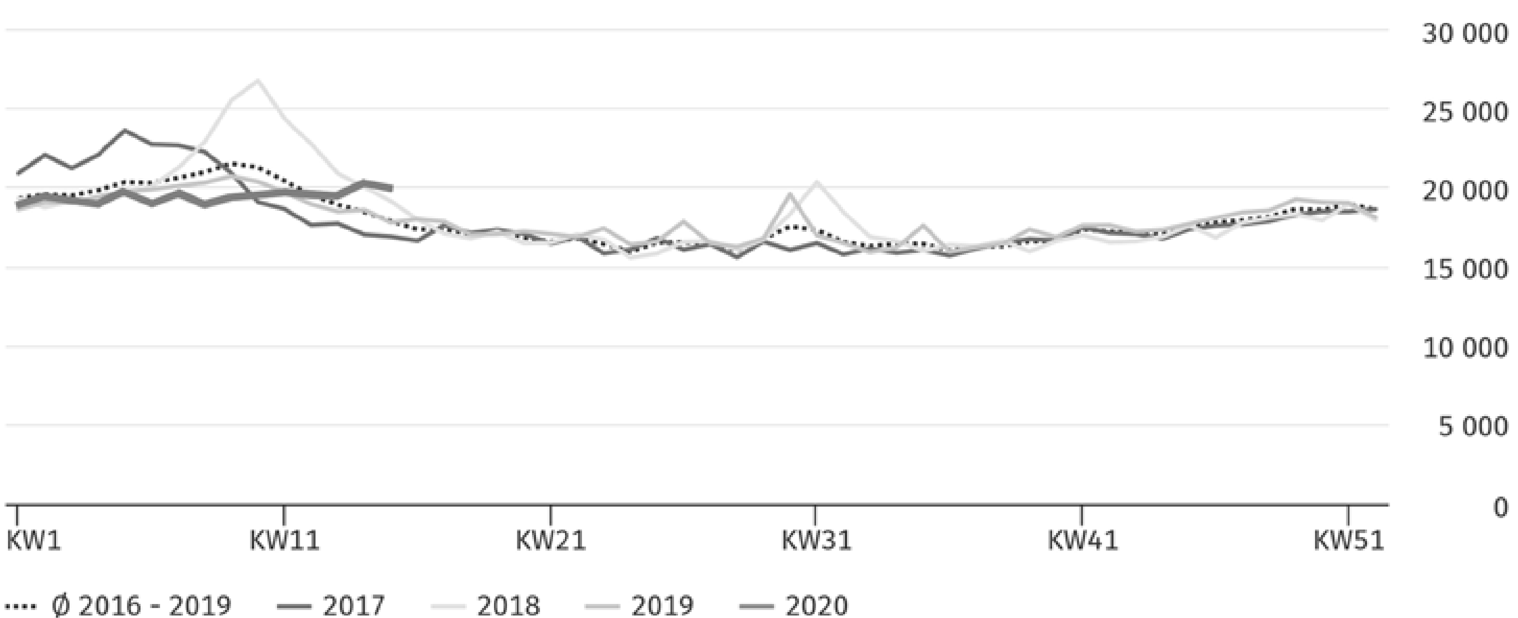
Meine Einschätzung der Lage

von Dr. med. Alexander Richter, Mitglied des Demokratischen Widerstandes, Stadland (Wesermarsch)

MEDIZINISCH: Als langjähriger Arzt für Chirurgie, Sportmediziner und Notfallmediziner sowie Instruktor für Arthroskopie durfte ich nicht nur in Deutschland, sondern seit 2003 auch in Lateinamerika — vor allem in Mexiko — berufliche und menschliche Erfahrung sammeln. Unter Hinzuziehen aller mir zugänglichen Quellen und in Einklang mit meinem Wissen und meiner Erfahrung bin ich mit vielen Experten einer Meinung, dass es sich bei der vorliegenden Coronaviruserkrankung um ein Phänomen handelt, dass uns Menschen gut bekannt ist, uns jährlich wiederkehrend trifft und mit der normalen Grippe vergleichbare Erscheinungen wie Vorkommen und Mortalität in der Bevölkerung hat. Aus medizinischer Sicht besteht weder Grund zu besonderem Handeln noch zu übermässiger Vorsicht. Besonders anfällige Personen sollten sich entsprechend sinnvoller Vorgaben individuell schützen.

POLITISCH: Die medizinisch nicht begründbare weltweite Panik und Hysterie ist meines Erachtens bewusst politisch induziert. Die nicht nur in Deutschland getroffenen, der medizinischen Lage nicht angemessenen Massnahmen, übersteigen bei weitem die erforderliche Verhältnismässigkeit. Die Einschränkung bzw. Aufhebung gravierender Grundrechte sowie die Art und Weise der Änderung der Gesetzgebung ist mit nichts zu rechtfertigen. Wir laufen unter Aushebelung der Grundgesetze Gefahr, uns einer massiven globalen und diktatorischen Kontrolle unter dem Deckmantel einer vermeintlichen Gesundheit unterwerfen zu müssen. Dies muss mit allen zur Verfügung stehenden friedlichen Mitteln verhindert werden.

Die Zahlen für Winter/Frühjahr 2019/2020 sind normal: »Einige Experten zeichnen Horror-Szenarien, andere sehen es mit kühlem Kopf. Wäre uns das Virus nicht aufgefallen, hätte man vielleicht gesagt, wir haben dieses Jahr eine schwerere Grippewelle«, so Prof. Streeck, Virologe der Universitätsklinik in Bonn.



Aktuellste Grafik des Bundesamt für Statistik mit den Sterbefallzahlen in der BRD bis 12.April 2020. Der von uns bis Ausgabe N°3 verwendete Monitor der EU-Stelle Euromomo hat die Standardgrafiken inzwischen abgeschafft/abgeschaltet.

WARNUNG VOR DER ZWEITEN FAKE-WELLE

von Cluse Krings

Unsaubere Statistiken, manipulative Meldungen, gleichgeschaltete Presse, geheim gehaltene Pläne, ignorierte Experten, unterlassene wissenschaftliche Forschung, Verleumdung der politischen Opposition – so gehen wir ins Frühjahr 2020. Und ganz leise hören wir im Hintergrund von einer zweiten Infektionswelle.

Seit Beginn der »Pandemie« werden unsaubere Statistiken präsentiert: Es wird kaum obduziert – so kann nicht zwischen Patienten, die an oder nur mit Corona sterben, unterschieden werden. Keine geringe Abweichung vielleicht, wenn wir bedenken, dass der überwiegende Teil der Verstorbenen über 80 ist. Es wird wenig getestet. Bei der wahren Zahl der Infizierten tappen wir nach wie vor im Dunkeln. Beides zusammen ergibt eine viel zu hohe Sterblichkeitsrate, die in absoluten Zahlen im Vergleich zu üblichen Grippewellen dennoch relativ gering ist. Dafür beliefert uns eine gleichgeschaltete Presse täglich mit zunehmenden Infektionszahlen, obwohl sie in Wahrheit sinken. Denn die wenigen Neu-Infektionen werden den alten ständig hinzugefügt, während doch die große Zahl der Genesenen und die geringe der Toten abgezogen gehörte.

Mainstream-Manipulation – Beweisführung

Infektionen:	171.306
Tote:	7.634
Neuinfizierte:	798
Genesene:	147.200

Quelle: Lt. ZDF, Robert-Koch-Institut, 13.5.2020

Tatsächlich aber sinkt die Zahl der Infizierten
Infektionen - Tote - Genesene = 16.472
Differenz: 154.834

Quelle: Robert-Koch-Institut, 12./13.5.2020

Natürlich könnte jeder mit dem Taschenrechner die Abweichung von 141.910 Fällen ermitteln, doch wer sitzt schon mit Rechenmaschine beim Abendbrot. Seit Wochen gibt es positive Entwicklungen, doch in den Nachrichten klingen sie allabendlich wie Hiobsbotschaften.

Etwa 45% der hergestellten Tests wurden nicht genutzt. Dabei könnte man mit ihnen den wahren Grad der Durchseuchung statistisch sauber ermitteln und damit die wahre Sterblichkeit. An diesem viel harmloseren Ergebnis aber hat die Regierung, scheint's, kein Interesse. Zwischenzeitlich mussten wir erfahren, dass es ein geheimes Strategie-Papier des Innenministeriums für Panikmache in der Bevölkerung gibt – inklusive Falschmeldungen. Und dass für 22 Mio. € bei der Werbeagentur Scholz & Friends Berlin GmbH eine Corona-Kampagne bis ins Jahr 2024 bestellt wurde.

Die Regierung plant mithin schon weiter: Auf eine zweite Infektionswelle. Und die kommt tatsächlich. Wann? Im Herbst. Wenn die Temperaturen sinken und die UV-Strahlen der Sonne verblassen. So wie in jedem Herbst auch die Grippe wieder auftaucht. Wir brauchen dringend die Expertise derjenigen Virologen, die von den regierungshörigen Medien ins Aus gestellt wurden. Wir brauchen ein realistisches Bild der Krankheit, damit sich die Zumutungen dieses Winters nicht wiederholen. Und ein Letztes noch: Die Forderung nach sauberer wissenschaftlicher Arbeit ist keine »Verschwörungstheorie«. Diese Art Verleumdung in Kombination mit Totenkult muss aufhören.

NEOFEUDALE EXPERIMENTE?

Wenn die demokratische Öffentlichkeit lahmgelegt ist, dann können Superreiche und ihre Netzwerke nach feudaler Manier schalten und walten. *Von Hermann Ploppa, Marburg*

Merkel will es nicht gewesen sein. Spahn will es nicht gewesen sein. Niemand hat hier vor, die deutsche Bevölkerung mit Zwangsimpfungen zu traktieren…

Noch am 15. April hatte jedoch die Bundeskanzlerin in einer Telefonschaltung mit den 16 Ministerpräsidenten klargestellt, dass wir erst wieder in den Normalzustand entlassen werden, wenn es für jeden Bundesbürger eine Impfdosis, vermutlich der Gilead-Droge *Remdesivir*, geben wird.

In der Duldungsstarre des *Lockdown* gehen die Vorbereitungen für das weltweite Impfprogramm unvermindert voran. Und die Bundesbürger dürfen dafür noch einmal 525 Millionen Euro als Morgengabe für die Bill-and-Melinda-Gates-Stiftung aufbringen. Offenkundig bestimmen nicht mehr demokratisch gewählte Regierungen das Gesetz des Handelns, sondern superreiche Oligarchen und ihre steuerflüchtigen Stiftungen.

Wohin es führt, wenn demokratisch nicht legitimierte Stiftungen und mit ihnen verbündete Pharmakonzerne unkontrolliert ihr Unwesen treiben, kann man schon aus vergangenen Zeiten erkennen. Das sollte uns ein dringendes Warnsignal sein.

EUGENIK

Die Stiftungen der Superreichen wie Harriman, Rockefeller und Carnegie entdeckten die Eugenik. Da man im ausgehenden 19. Jahrhundert noch keine Möglichkeiten hatte, die genetische Ausstattung von Menschen zu manipulieren, beschränkte man sich auf die Selektion. Die Wissenschaft in den USA war davon besessen, die Bevölkerung dadurch zu »veredeln«, dass man die als »minderwertig« (inferior) wahrgenommen Mitmenschen kastrierte, sterilisierte oder in speziellen Lagern lebenslang einschloss. Das wurde schon damals in Gesetze für einzelne US-Bundesstaaten gegossen und umgesetzt.

Es gipfelte schließlich 1914 in einem »Weltrassenaufartungsplan«, erarbeitet von den »philanthropischen« Stiftungen von Rockefeller, Kellogg, Harriman in Zusammenarbeit mit der US-Regierung und den Elite-Universitäten. In diesem Plan wird minutiös Jahr für Jahr bis 1985 festgelegt, wie viel Menschen aus der Reproduktion herausgenommen werden müssen durch Kastration, Sterilisation oder lebenslange Einsperrung. Auf diese Weise sollten bis 1985 45 Millionen Menschen »eliminiert« werden. Und schon 1911 schlug ein Statistiker vor, die Gesundheitsdaten aller Menschen dieser Erde in elfstelligen Zahlenreihen zu erfassen. Nichts ist neu unter unserer Sonne.

In den 1920er Jahren erlebte die Eugenik ihre Blütezeit. Nun drangen Polizisten in die Wohnungen unbescholtener Bürger ein und verschleppten sie in ein Krankenhaus. Dort wurden sie ohne weitere Erklärungen chirurgischen Eingriffen unterzogen und dann nach Hause geschickt. Sie wunderten sich, dass sie keine Kinder mehr bekommen konnten. Weil diese Menschen als »minderwertig« galten, wurden sie zwangsweise sterilisiert. Wir erinnern uns, dass ausgerechnet im ehemaligen Musterland Dänemark solche Übergriffe vor kurzem in Gesetze gegossen wurden.

SYPHILIS-EXPERIMENTE

Von 1933 bis 1973 konnte im Süden der USA, im Bundesstaat Alabama, das perfide und menschenverachtende Tuskegee-Experiment durchgeführt werden. In dieser Langzeit-Kohortenstudie wurde von Medizinern akribisch dokumentiert, wie etwa fünfhundert afroamerikanische Baumwollpächter langsam an Syphilis versterben. Um die Studie nicht zu verderben, wurde den Probanden nicht gesagt, dass sie lebensgefährlich erkrankt waren und es wurde ihnen auch kein Penicillin verabreicht, als dieses bereits auf dem Markt war. Dafür wurden ihre Bestattungskosten bezuschusst und sie bekamen kostenlose medizinische Versorgung. Das reichte den Forschern noch nicht aus. Zwischen 1944 und 1946 infizierten die Forscher in Guatemala Gefängnisinsassen und Patienten von Nervenheilanstalten künstlich mit Syphilis-Erregern, um den tödlichen Verlauf der Syphilis besser studieren zu können.

Die Nichtregierungsorganisation Planned Parenthood hatte wesentlichen Anteil an der Ein-Kind-Politik in der Volksrepublik China. Schreckgespenster der »Bevölkerungsexplosion« oder der »Gelben Gefahr« gingen um. In Propagandafilmen der 1960er Jahre sah der Zuschauer in diesem Zusammenhang immer wieder Massen von Asiaten oder Afrikanern.

So nimmt es nicht Wunder, dass in Indien in den 1970er Jahren die damalige Präsidentin Indira Gandhi Programme zur Zwangssterilisierung von jungen Männern auflegen ließ. In späteren Jahrzehnten konnten sich indische Frauen »freiwillig«, also gegen einen geringen Obulus, sterilisieren lassen.

PHARMA-EXPERIMENTE OHNE EINWILLIGUNG

In einer Klinik in Bhopal, die extra für die Opfer der Giftgaskatastrophe erbaut worden war, wurden neue Pharmazeutika ausprobiert, die nichts mit den Vergiftungen zu tun hatten. Dabei starben vierzehn Personen. Im Bundesstaat Andhra Pradesh und Gujarat wurden im Juli 2009 24.000 Mädchen im Alter zwischen zehn und vierzehn Jahren gegen Gebärmutterhalskrebs geimpft, ohne dass die Eltern auch nur informiert waren.

Infolge der Versuche sind mindestens sieben Mädchen verstorben. Die Versuche führte die Organisation Path, ein Ableger der Bill and Melinda Gates-Stiftung, durch. In der Universitätsklinik Delhi wurde an Säuglingen das Bluthochdruckmittel Valsartan von Novartis getestet. 49 Babys starben an den Folgen dieser Experimente.

VERBRECHEN GEGEN DIE MENSCHLICHKEIT

Voraussetzung für ein ethisch einwandfreies Testverfahren von neuen Medikamenten ist immer der *informed consent*, was meistens übersetzt wird mit informierter Einwilligungserklärung. Davon kann aber in den Ländern der Dritten Welt keine Rede sein. Die ausführenden Versuchspersonen der philanthropischen Stiftungen und Pharmakonzerne belügen die Testpersonen oder locken sie mit geringwertigen Annehmlichkeiten. Besonders schlimm ist es in Afrika. Afrikaner wurden auf hinterhältige Weise zur Sterilisation gezwungen:

- In Südafrika und Namibia wird die Not AIDS-infizierter Frauen ausgenutzt, um ihnen im Austausch für medizinische Behandlung Sterilisationen zuzufügen.

- Das infame Navrongo-Experiment. Die Navrongo in Ghana sind ein abgeschirmtes Naturvolk. Trotzdem wurden zwischen 1996 und 2006 unter Leitung von USAID, der Bill and Melinda Gates-Stiftung und dem von der Rockefeller-Stiftung geförderte *Population Council* und der Andrew Mellon Stiftung Pharmazeutika getestet, die Frauen unfruchtbar machen.

- Hunderttausende junger Frauen aus unteren Schichten mit afroamerikanischem Hintergrund sowie afrikanische Frauen wurden nicht informiert über die gefährlichen Nebenwirkungen von Depo Vera. Dabei handelt es sich um ein Impfpräparat, das Frauen für drei Monate vor Schwangerschaft bewahrt. Allerdings sind die Nebenwirkungen gravierend.

- 1996 führte Pfizer Versuche an nicht informierten Menschen in Nigeria durch. Getestet wurde das Antibiotikum Trovan an wehrlosen Kindern. Auch hier gab es keine Befragung der Eltern. Auch hier verstarben Kinder an den Folgen der Tests oder erlitten dauerhaft Schäden. In einem Vergleich zahlte Pfizer an die Opfer 75 Millionen Dollar und baute ein Krankenhaus.

- In Kenia schließlich haben WHO und UNICEF im Jahre 2014 Frauen kostenlos gegen Tetanus geimpft. Die katholische Bischofskonferenz von Kenia schöpfte Verdacht und erzwang die chemische Analyse der Impf-Ampullen. Dabei ergab sich, dass den Ampullen in vielen Fällen auch Substanzen beigemischt wurden, die die geimpften Frauen dauerhaft unfruchtbar machen.

Bei all diesen Verbrechen gegen die Menschlichkeit waren die allbekannten Akteure aus den USA beteiligt, mal mehr, mal weniger: die Bill und Melinda Gates Stiftung; die Rockefeller Stiftungen; unzählige weitere »philanthropische« Stiftungen von Superreichen aus den USA. Die global agierenden Pharmakonzerne, allen voran: Gilead Sciences, Pfizer, GlaxoSmithKline, Merck, aber auch Boehringer Ingelheim aus Deutschland.

Sie können sich so ungehemmt austoben, weil der proaktive Staat als Akteur künstlich verarmt, entkernt und enteignet ist und dem neofeudalen Treiben der Konzerne und steuerflüchtigen Stiftungen nichts mehr entgegensetzen kann.

Hermann Ploppa *ist Buchautor und Politikwissenschaftler in der hessischen Universitätsstadt Marburg an der Lahn sowie Redaktionsmitglied dieser Zeitung.*

DREI BLICKWINKEL (2) – DER HORROR DES GEGENWÄRTIGEN AUSNAHMEZUSTANDS

DAS UNBESTIMMTE RISIKO

Einige Gedanken zum Notstands-Regime

Von Prof. Giorgio Agamben, Paris

» Ich denke, der Leser, der sich anschickt, über die folgenden Punkte nachzudenken, kann nicht anders, als zuzustimmen, dass die Schwelle, welche die Menschlichkeit von der Barbarei trennt, überschritten wurde. Und zwar, ohne dass man dies bemerkt hätte oder indem man so tat, als würde man es nicht bemerken.

Drei Punkte

1.) Der erste und vielleicht schwerwiegendste Punkt betrifft die Körper der toten Personen. Wie konnten wir nur im Namen eines Risikos, das wir nicht näher zu bestimmen vermochten, hinnehmen, dass die uns lieben Menschen und überhaupt alle Menschen in den meisten Fällen nicht nur einsam sterben mussten, sondern dass ihre Leichen verbrannt wurden, ohne bestattet zu werden? Dies ist in der Geschichte von der mythischen griechischen Königstochter Antigone bis heute nie geschehen.

2.) Wir haben bedenkenlos hingenommen, wiederum nur im Namen eines nicht näher zu bestimmenden Risikos, dass unsere Bewegungsfreiheit in einem Ausmaß eingeschränkt wurde, wie dies zuvor nie in unserem Land geschah, nicht einmal während der beiden Weltkriege (die Ausgangssperre galt damals für bestimmte Stunden). Wir haben also hingenommen, im Namen eines nicht näher zu bestimmenden Risikos die Pflege unserer Freundschafts- und Liebesbeziehungen einzustellen, weil unser Nächster zu einer möglichen Ansteckungsquelle wurde.

3.) Dies konnte geschehen – und hier berühren wir die Wurzel des Phänomens –, weil wir die Einheit unserer Lebenserfahrung, die immer zugleich körperlich und geistig ist, in eine bloß biologische Einheit einerseits und in ein affektives und kulturelles Leben anderseits aufgespalten haben. Der Philosoph und Theologe Ivan Illich hat gezeigt, welche Verantwortung der modernen Medizin in dieser Spaltung zukommt. Sie scheint sich von selbst zu verstehen, in Wirklichkeit ist sie aber die grösste aller Abstraktionen. Ich weiss, dass diese Abstraktion von der modernen Wissenschaft durch Wiederbelebungs-Apparate erreicht wurde, die einen Körper in einem Zustand des vegetativen Lebens zu erhalten vermögen.

Ich weiß, dass nun manche gleich antworten werden, beim derzeit geltenden Regime handle es sich um einen zeitlich begrenzten Zustand, nach dessen Ablaufen alles wieder sein werde wie zuvor. Es ist wirklich einmalig, dass man dies wider besseres Wissen dauernd wiederholt.

Denn dieselben Behörden, die den Notstand ausgerufen haben, erinnern uns ständig daran, dass dieselben Weisungen auch nach dem Ende des Notstands zu befolgen seien und dass das *Social Distancing* – wie man es in einem vielsagenden Euphemismus nennt – das neue Organisationsprinzip der Gesellschaft darstelle. Und dass das, was man – guten Glaubens oder wider besseres Wissen – zu ertragen akzeptiert hat, nicht rückgängig gemacht «

Maskenpapaya — Collage: Jill Sandjaja. Hintergrund: »Der Präsident von Tansania, John Magufuli, behauptet, dass Coronatests bei einer Papaya und einer Ziege positiv gewesen seien. Man habe bei dem Tier und der Frucht Proben entnommen, menschliche Namen auf die Proben geschrieben und sie in ein Labor geschickt. Auf die Papaya-Probe habe man ›Elizabeth Ane, 26, weiblich‹ geschrieben, damit das Labor nicht misstrauisch wird. ›Sollen jetzt alle Papayas in Isolation?‹, fragte der Präsident provokant.« — Julia Klaus, zdf.de, 9.5.20

***Giorgio Agamben** ist Professor an der Universität Venedig und am Collège international de philosophie, Paris und Mitherausgeber dieser Zeitung. Die ›Drei Punkte‹ erschienen als Teil eines umfangreicheren Textes in der Neuen Zürcher Zeitung am 15.4.2020.*

DREI BLICKWINKEL (3) – LÖSUNGSVORSCHLAG IMPF-CHARTA

WAS WIR VON BILL GATES VERLANGEN

Über die Notwendigkeit ausgewogener demokratische Regeln. *Von Wolfgang Spraul, Berlin*

Bill Gates war ein Ausnahmeunternehmer. Zusammen mit seinem Freund Steve Ballmer erkannte er das Potenzial von »Software« — die damals noch als wertlos angesehen und mit der Hardware verschenkt wurde. Er schuf damit eine neue Produktkategorie und ein neues Geschäftsmodell.

Dieses Geschäftsmodell brachte er über mehr als 20 Jahre zu einer Perfektion, die schließlich nur in einem vom US-Justizministerium angestrengten Kartellverfahren enden konnte, in welchem dem fast unheimlich profitablen Quasi-Monopolisten sinnbildlich die Gelbe Karte aufgezeigt wurde.

Bill Gates und sein viel zu früh verstorbener Gegenspieler und, wiederum metaphorisch, *Nemesis,* Steve Jobs, sind die Ikonen des Personal-Computer-Zeitalters. Als lange Jahre »reichster Mann der Welt« ist Bill Gates zudem noch ein Fixpunkt von Milliarden Menschen auf der Welt. Nachdem mit seinem Konzern Microsoft alle Schlachten geschlagen waren — und nebenbei auch noch die freie Software als Ausweg aus der Microsoft-Abhängigkeit etabliert war — verschrieben sich Bill und Melinda Gates der Philantropie und gründeten eine der ambitioniertesten und bestfinanzierten Stiftungen der Welt. Bill und Melinda Gates gebührt zumindest unser Respekt für einen herausragenden Lebensweg unter vorgefundenen Umständen.

Die Frage ist nun: Welche philantropischen, also guten und hilfreichen Leistungen, können wir Deutschen, Europäer, und sogar die Menschen in der ganzen Welt angesichts der Pandemie von der Bill-and-Melinda-Gates-Foundation erwarten?

Gerade weil wir die Zielsetzung der Stiftung so ernst nehmen wie sicherlich Bill und Melinda Gates selbst, versuchen wir nun im Folgenden eine Charta der Impf-Rechte.

1. Alle Inhaber von Impfstoff-Patenten, sei es für Design oder Herstellungsverfahren, stellen diese entschädigungslos einem Patent-Pool zur gemeinfreien weltweiten Verwendung zur Verfügung.
2. Die Inhaltsstoffe von Impfstoffen müssen vollständig deklariert werden.
3. Impfstoff-Hersteller tragen selbst alle Haft- und Schadensersatzpflichten, die sich aus der Anwendung am Menschen ergeben.
4. Die Unversehrtheit der Person muss in der Weise geschützt werden, dass eine Impfung immer nur durch die persönliche Entscheidung eines jeden einzelnen Menschen zustande kommen kann, und weder einem Ungeimpften Nachteile, noch einem Geimpften Vorteile zukommen dürfen.
5. Bei allen Regularien (Gesetze, Verordnungen, Vorschriften) muss zwischen der Heilung eines einzelnen kranken Menschen auf der einen Seite, und der Ausrottung einer Krankheit oder Heilung einer Gruppe von Menschen auf der anderen Seite unterschieden werden. Falls die Kosten der Ausrottung einer Krankheit oder Heilung einer Gruppe von Menschen höher sind für den Fall, dass die Menschenrechte, Grund- und Wahlfreiheiten eines jeden einzelnen Menschen erhalten bleiben, so ist dies hinzunehmen.

Zusätzlich ergeben sich Forderungen, die aus der besonderen Verantwortung und Größe der Bill-and-Melinda-Gates-Stiftung resultieren:

A. Die Stifung protokolliert in Gänze und veröffentlicht sämtliche Gespräche zwischen Stiftungsvertretern und gewählten Repräsentanten, Beamten oder anderen Offiziellen. Geheime Nebenabsprachen oder vertragliche Regelungen sind unzulässig.
B. Die Stiftung legt einen Entschädigungs-Fonts für durch Corona-Lockdowns geschädigte in Höhe von mindestens 20 Milliarden US-Dollar auf, und beginnt unverzüglich mit Auszahlungen an die am härtesten Betroffenen, weltweit.
C. Die Stiftung stimmt einer unabhängigen Untersuchung der Vorwürfe zu Vorkommnissen in Indien, Kenia, Uganda und anderen Ländern zu, bei voller Akteneinsicht für die unabhängige Untersuchungs- Kommission.
D. Die Stiftung beendet unethische Investments, wie etwa die in profitorientierte Privat-Gefängnisse.
E. Die Stiftung tritt in einen konstruktiven und kritischen Dialog mit ExpertInnen, die sich in den letzten Monaten als unbestechliche Mahner erwiesen haben. So etwa Dr. Ioannidis, Dr. Bhattacharya, Prof. Dr. Bhakdi, Dr. Wodarg, oder Robert Kennedy Jr.

Gemeinsam sollten wir, weltweit, versuchen, Schäden abzuwenden und die Welt besser zu machen. Die Gates Foundation sollte dabei im Grunde auf unserer Seite stehen.

***Wolfgang Spraul** ist Redakteur dieser Zeitung sowie Softwareingenieur mit jahrzehntelanger Erfahrung in China und den USA.*

DIE BANKEN in der Welt des S(ch)eins

Wenn die »Geldschöpfung aus Luft«, die Unmöglichkeit der Verzinsung von Schuldgeld sowie die Pyramidenspiele der Finanzmärkte zum Allgemeinwissen geworden sind — wie funktioniert dann eine Bank? *Von Prof. Franz Hörmann*

Das Sachen- und Schuldrecht stammt aus römischer Zeit, verzinstes Geld hingegen von den alten Sumerern. Die doppelte Buchhaltung wurde erstmals im 15. Jahrhundert niedergeschrieben. Diese »technischen Grundlagen« sowie die hinter ihnen stehende quasi-religiöse Denkweise prägen nach wie vor das westliche Gesellschaftsbild.

BETRUG – ODER ÜBERBLICK VERLOREN

Diese vorzeitliche Unlogik ist heute für die Bevölkerung nicht länger erträglich: Wie kann Gold, das selbst wieder in Dollar (Londoner Fixing) bepreist wird, jemals den Dollar gedeckt haben (Zirkelschluss!)? Wie können Schuldscheine auf zukünftiges Geld (= Staatsanleihen) jemals als Deckung fungieren? Wie können Geschäftsbanken durch bloße Bilanzverlängerung in der Kreditvergabe Geld »aus Luft« schöpfen und dann auch noch (um die Zinsen!) mehr als sie je schufen von den »Schuldnern« zurückverlangen? Wie kann es legal möglich sein, sich diese Kredite aus wertlosem Geld auch noch mit dinglichen Sicherheiten »besichern« zu lassen, ohne dass dies als kalte Enteignung der Realwirtschaft erkannt wird?

Eine Bank, die zehn Einwohnern einer Insel je 10 Goldmünzen leiht, nach einem Jahr jedoch diesen »Kredit« mit 10% Zinsen (und damit in Summe 110 Goldmünzen!) zurückverlangt, ist entweder eine betrügerische Institution oder hat selbst den Überblick über ihre eigene Geldschöpfung verloren.

WAS IST SICHER

Angeblich benötigten Unternehmen, allen voran die Banken, besonders viel Eigenkapital in Krisenzeiten. Wer dies tatsächlich glaubt, muss sich jedoch vorhalten lassen, die Grundlagen der Buchhaltung und Bilanzierung nicht verstanden zu haben. Eigenkapital ist eine Residualgröße. Die, wie auch immer absurd bewerteten, Aktiva (Vermögensgegenstände) werden als Geldwert den Schulden gegenübergestellt. Diese Differenz ergibt das Eigenkapital. Und dieses Eigenkapital hat mit Liquidität (gesetzlichen Zahlungsmitteln) überhaupt nichts zu tun.

Sehr wohl dienen diese von Gutachtern gegen Honorar erzeugten Rechengrößen aber den Eigentümern der Unternehmen als gesetzliche Grundlage (»Sicherheit«) um sich von Banken große Mengen Geldes »aus Luft« schöpfen zu lassen – für ihren Privatkonsum, nicht für Investitionen, wie jede Wirtschaftsstatistik in Deutschland in den letzten Jahren beweist!

Lesen Sie doch die Meinung der unbestechlichen Kontrolleure, wie etwa William K. Black, der in den Achtzigerjahren in leitender Position die Savings- & Loan-Crisis in den USA bekämpfte und im Jahr 2005 das Buch »The Best Way to Rob a Bank is to Own One« schrieb. Wer waren damals die Käufer der mit Steuergeldern aufgefangenen bankrotten kleinen Sparbanken? Es waren Strohmänner, die sich das Geld für den Kauf der Pleitebanken als Schnäppchen von Gangstern (»Bankstern«) liehen, um ihnen gleich danach einen Kredit zu verleihen, der höher war als der Kaufpreis der Bank. Dieser wurde niemals zurückgezahlt und die Bank danach wieder »aufgefangen«.

SCHNEEBALLSYSTEME

Glauben Sie wirklich noch, Sie könnten die Gelder Ihrer Kunden auf den »Finanzmärkten« vermehren, nur weil es in den letzten Jahren erfolgreich gelang, den Begriff »Pyramidenspiel« durch »Bubble Economy« zu ersetzen? Wen können Sie damit noch täuschen? Im schlimmsten Fall doch nur sich selbst!

Ivar Kreuger, der schwedische Streichholzkönig, brachte in den Zwanzigerjahren des vergangenen Jahrhunderts seinen Konzern an die New Yorker Börse. Er versprach damals jedem Aktionär eine Dividende in Höhe von 20%. Er zahlte sie sogar aus. Und er erschoss sich 1932, als sein Pyramidenspiel nicht länger verschleiert werden konnte. Genau dieser Fall war Anlass für die Gründung der amerikanischen Börsenaufsicht SEC sowie die Einführung einer gesetzlich verpflichtenden Jahresabschlussprüfung.

Und was geschah im Jahr 2009, mehr als 75 Jahre danach? In diesem Jahr wurde Bernard Madoff verurteilt, der als Anlagenverwalter exakt das gleiche Pyramidenspiel betrieb. Und zwar trotz Börsenaufsicht SEC. Diese prüfte nämlich nicht. Sie wollte auch nicht prüfen, als sie auf diesen Betrug mehrfach hingewiesen wurde, wie wir im Buch von Harry Markopolos, dem Mann der Madoff schließlich überführte, alle nachlesen können und welches den sprechenden Titel trägt , »No One Would Listen!«

Solange also die Bevölkerung trotz zerrüttetem Bildungssystem noch des Lesens mächtig ist, lassen sich der systemische Betrug und die Korruption der Aufsichtsbehörden nicht verbergen – schon gar nicht in den Zeiten von *WikiLeaks*.

FOLLOW THE MONEY?

Wieso haben die Banken in ihrer zentralen Funktion, der Steuerung der Geldströme einer Gesellschaft, versagt? Weil sie nach wie vor das mittelalterliche Hütchenspiel der doppelten Buchhaltung als Rechnungswesen betreiben. Der Hütchenspieler legt eine Kugel unter einen von mehreren Bechern. Dann bewegt er diese solange, bis man nicht mehr erkennt, unter welchem der Becher die Kugel ist – vielleicht ist sie ja sogar schon verschwunden! Doppelte Buchhaltung funktioniert genauso: die Kugel stellt echtes Geld, gesetzliche Zahlungsmittel, also Münzen und Scheine, dar, während die Konten die Rolle der Becher übernehmen. Jede Buchung entspricht dem Vertauschen zweier Becher der Hütchenspieler – wo ist dann das echte Geld?

Natürlich könnten Banken auch bei jedem Vorgang die Seriennummern der Geldscheine miterfassen und damit den Kriminalbeamten ihre Arbeit erleichtern (*Follow the Money!,* folge der Spur des Geldes). Nur ist das nicht erwünscht – es verstößt gegen das »Bankgeheimnis«. In einem echten elektronischen Geldsystem wäre es eine Leichtigkeit echte Zahlungsflüsse zwischen echten Menschen nachzuverfolgen – aber wer sollte denn dann noch an verschachtelten Gesellschaften, Stiftungen und Treuhandschaften verdienen? Über Geld spricht man schließlich nicht – vor allem nicht, wenn dessen Herkunft erklärungsbedürftig ist!

Was werden Sie und Ihre Mitarbeiter in der Regierung also dem Volk erzählen, wenn die Banken demnächst wieder Geld vom Steuerzahler benötigen werden? Jene Banken, die in der Zwischenzeit ja Renditen von 25% »erwirtschaftet« haben wollen. William K. Black ist in seinem Buch der Meinung, Renditen über 20% bei Banken wären Betrug und er ließ als Mitglied der US-Bankenaufsicht alle so »erfolgreichen« Banken konsequent schließen.

ÜBER GELD SPRICHT MAN NICHT

Wann zahlen denn die Banken alle Steuergelder wieder zurück? Und auch die Zinsen? Und mit welchem Geld, wenn alles Geld, das sie erschaf-

fen bloß wieder nur die Schuld eines anderen sein kann?

Subprime-Kredite sind Schuldscheine, bei welchen die Schuld selbst nie zurückgezahlt wird. Es wird nur an den Zinsen verdient. Darin gleichen sie weltweit den Staatsanleihen. Daher sind die Subprime-Kredite auch wertlos und Betrug. Daher erhielten sie auch ein AAA-Rating der großen Agenturen. Auch darin gleichen sie den Staatsanleihen, denn auch diese erhalten ein AAA-Rating und auch diese sind wertlos. Schuldscheine, deren Schuld nie beglichen, die aber gegen Geld weitergegeben werden sind schließlich Geld – wertloses Geld, so wie Dollar und Euro auch. Genau wie es den US-amerikanischen Hausbesitzern unmöglich war, ihre Hypotheken jemals zurückzuzahlen, so ist es auch den Steuerzahlern unmöglich die Staatsschuld jemals zu bezahlen.

Welche Schuldscheine wollt Ihr noch erfinden, um für Euch Geld und für den Rest der Welt Schulden zu erzeugen? Beendet dieses sinnlose Spiel!

Wollen wir mal was anderes spielen? Die Gesellschaft kann nicht ewig als Nullsummenspiel funktionieren. Betrachtet doch die Gesellschaft als Spiel, zum Beispiel wie ein Kartenspiel. Es muss nicht immer Poker sein – ein Nullsummenspiel, bei dem jeder nur gewinnt, wenn die anderen verlieren. Es gibt auch andere Spiele wie Wizard oder Rage. Bei diesen Spielen muss zunächst jeder Spieler bekanntgeben, wie viele Stiche er mit seinem Blatt bei gegebener Trumpffarbe machen wird. Wenn er sie tatsächlich erreicht, erhält er pro Stich eine Belohnung und eine Zusatzprämie. Wenn er aber zu wenige oder zu viele Stiche erzielt, so erhält er ausschließlich Strafpunkte für die Über- oder Unterstiche.

Diese Spiele sind Nicht-Nullsummenspiele, das heißt, der Gewinn des einen Spielers speist sich nicht aus dem Verlust der anderen. Das ist auch nicht anders möglich, denn wenn in einer Runde alle Spieler ihre Spielkontrakte erfüllen, dann könnten ja nicht gleichzeitig alle belohnt werden, irgendwer müsste dennoch verlieren, um die Punkte (das Geld) für die Prämien (die Zinsen) der Gewinner aufzutreiben. Doch wäre es nicht eine tolle Aufgabe für ein Geldsystem, jene Wirtschaftstreibenden zu belohnen, die sich einfach an ihre Verträge (Spielkontrakte) halten? Sollten in der Wirtschaft nicht die Ehrlichen belohnt werden anstatt der Gierigen und Rücksichtslosen?

WISSENSBANKEN DES DRITTEN JAHRTAUSENDS

Oder denkt doch einmal so: Was war die historische Kernaufgabe der Banken? Sie sollten immer das bewahren, was der Gesellschaft das Kostbarste war. In der Frühzeit war das Gold, danach kamen Geldscheine und Wertpapiere. Und was ist für die menschliche Gesellschaft heute das kostbarste Gut? Es ist Wissen, es sind Fähigkeiten!

Werdet zu Wissensbanken des dritten Jahrtausends. Verwendet Eure Rechnernetze dafür, dass sich Menschen in Kooperation vernetzen können, um voneinander zu lernen und zu kooperieren. Zur Produktion von Gütern und Dienstleistungen aber auch zur Erforschung neuer Methoden um Substitute für knappe Ressourcen zu finden und nachhaltig zu produzieren. Belohnt diese Menschen mit »aus Luft« geschöpften Belohnungspunkten – aber transparent, demokratisch. Jeder soll sehen, durch welche (gemeinschaftsnützliche) Leistungen diese Belohnungen erlangt werden können. Wir leben dann wirklich in der Leistungsgesellschaft (Gesellschaft des Seins) und nicht mehr in der Eigentumsgesellschaft (Gesellschaft des Habens).

Jeder Mensch kann jede Fähigkeit entwickeln, die ihm/ihr Freude bereitet und belohnt sich dabei doppelt, wenn er diese für andere Menschen einsetzen kann. In einem neuen Bildungssystem erfahren die jungen Menschen, wie ihre Hirnchemie sie belohnt, wenn sie kreativ und kooperativ für andere tätig sind.

WIR BRAUCHEN KEINE SÜNDENBÖCKE

Die Menschen wollen heute (global!) kooperieren und nicht mehr gegeneinander kämpfen. Diese kooperativen Transaktionen verwaltet Ihr in Echtzeit – und kassiert dafür in Echtzeit Eure Provision. Die müsst Ihr nicht verstecken. Darum beneidet Euch auch niemand, denn Eure Leistung ist dann echt und nachweisbar. Die Software dafür haben unabhängige Wissenschaftler schon lange geschrieben. Die Methoden ihrer Einführung sind verfügbar. Die Demokratie verlangt danach.

Und Ihr seid herzlich eingeladen – wir brauchen schließlich keine Sündenböcke, sondern nur noch Partner in der Weltgesellschaft der zukünftigen Menschheit!

***Franz Hörmann** ist Professor am Institut für Revisions-, Treuhand- und Rechnungswesen der Wirtschaftsuniversität Wien*

»STEH AUF UND VERTEIDIGE DEINE RECHTE!« – EINE ENGLISCHSPRACHIGE AUFFORDERUNG

GET UP AND DEFEND YOUR RIGHTS!

A CALL FOR ACTION — *by Alexandra Wester, German Track and Fielder, strong supporter of nichtohneuns.de*

I‘m always going to speak up for what I believe is right, and what is wrong. And I will never have anyone, whether it‘s the media, the government, or the big masses, manipulate my feeling for what is justified, and what isn‘t.

People give up all of their morals just to keep their illusion of safety, and they are going to attack you if you are about to take their illusion. But I‘m not mad, I mean, just have a look at the past. And then go read that book *Psychology of Crowds* by Gustave Le Bon. You are going to understand.

Last year, it would have not been OK to force vaccines on humans. Last year, it would have not been OK to install programs on your phone to track and control all of your contacts. **And last year, it would have never been OK to put lawyers, journalists and doctors who defend our human rights into prison or psychiatry.** Just go have a look at our children being locked up in homes of domestic violence at this very moment. Open your eyes to all of these cancer patients, being denied of treatment right now. And then watch our brothers and sisters being shot for leaving the house at this very moment.

If you stand for, and defend human rights — it doesn‘t matter whether it‘s about racism, emancipation, worldwide hunger, or all other social inequalities — and if you feel and know that these things going on right now are everything else but right, but you don‘t speak up because you are afraid of backlash coming your way — then take the word activist out of your bio, because this right now is the time to be active. Guys, get up and defend your rights! There‘s big backlash, and big injustice coming our way. If we don‘t stand up for our rights right now, they would be forgotten.

Bu ülkenin sevgili Türk vatandaşları, sevgili anneler ve babalar, sevgili komşular ve arkadaşlar (arkadaş)!

Siz / atalarınız, bu ülkede daha iyi bir yaşam sürmek için bir zamanlar anavatanınızı terk ettiniz. Kendiniz ve çocuklarınız için daha az endişe, daha iyi çalışma koşulları, eğitim için daha fazla fırsat ve gelecekle ilgili iyi beklentiler içinde.

Bu ülkede ne oldu? — Bir virüsle savaşmak için Alman Federal Hükümeti, diğer şeylerin yanı sıra, Bireysel özgürlüğün temel haklarını (Madde 2, Par. 2), Konutun dokunulmazlığını (Madde 13), Toplanma hakkını (Madde 8, Par.1), Kesintisiz din özgürlüğünü (Madde 4, Par. 2) ve Mesleki özgürlük hakkını (Madde 12) geçersiz kıldı. Corona‘nın önlenmesi için, SÜRESİZ olarak özgürlüğümüzden mahrum kaldık.

Bizler HEPİMİZ şu anda temel haklarımız, sosyal birlikteliğimiz ve özgürlüğümüz üzerinde yoğun bir kısıtlama yaşıyoruz. Birkaç politikacının düzenlemelerine uymadığımız zaman, para cezaları ve hapis cezaları veriliyor. Polis sokakları ve parkları kontrol ediyor, apartmanlara ve evlere de giriyorlar. Sadece çiftler halinde buluşabiliyoruz ve kendi evimizde dahi sadece bir misafir hakkımız var. Düğünler kutlanamıyor, cenaze törenleri için en fazla 10 kişiye izin veriliyor. Yurtdışına ailenize seyahat etmek yasak. Çocukların okula / kreşe gitmelerine izin verilmiyor, dükkanlar kapanmak zorunda kaldı. Yıllardır başörtüsü, burka ve nikab giymekle ilgili tartışmalar varken, şimdi artık sadece bir maske ile çalışabiliyor ve alışveriş yapabiliyoruz!

Şimdi Ramazan. Fakat Allah'ın evinde ve ibadet yerlerinde buluşamayız. Ramazan Bayramı aile için bir gelenek. Ancak bu yıl hiçbir akraba ziyareti yapılamayacak. Çocuklar da 23 Mayıs‘ta birbirleriyle oynayamayacaklar.

Sizlere soruyoruz: Bu sıkıntılı zamanda nasılsınız? Aileleriniz, çocuklarınız nasıl? Hala doktora ya da hastaneye gitmeye cesaretiniz var mı? Kendi ülkenize yapılacak önemli gezileri iptal etmek zorunda kaldınız mı? Ailelerinizi özlüyor musunuz? İşinizden ve geleceğinizden korkuyor musunuz? Böyle yaşamak ister misiniz?

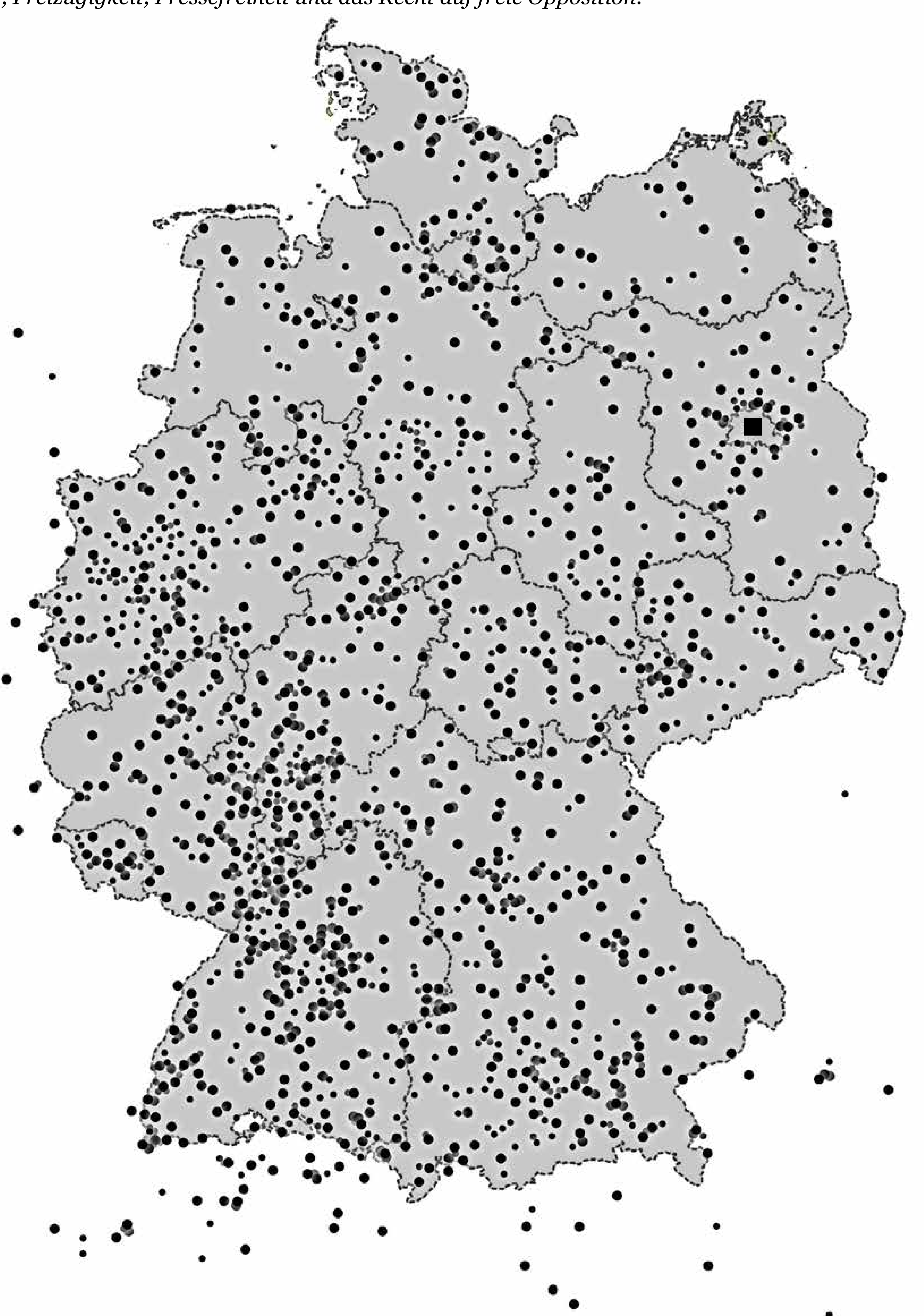
Sizden rica ediyoruz: Hayatınıza ve çocuklarınızın geleceğine evet deyin. ÖZGÜRLÜK HAKLARIMIZ için ayağa kalkın. Corona‘dan bu yana yasaklanmış olan şeylere katılmadığınızı açıkça belirtin. Her Cumartesi saat 15.30'da insanlar özgürlükleri için, Almanya‘nın her yerinde yürüyüşe çıkıyorlar veya meditasyon yapıyorlar. Bize uygulanan hijyen kurallarını dikkate alarak (1,5 m mesafe): Berlin, Hamburg, Lüneburg, Lübeck, Köln, Frankfurt, München, Stuttgart, Leipzig... Halka açık yerlerde dua edin veya meditasyon yapın, ailenizle birlikte şehrinizin parklarında ve meydanlarında oturun. HAYATINIZI geri alın!

Birlikte durduğumuzu ve hükümetimize Corona önlemlerini **KABUL ETMEDİĞİMİZİ** açıkça belirtmemiz önemlidir. Daha fazla bilgi için: www.nichtohneuns.de / www.unsere-grundrechte.de / Facebook: Corona-Rebellen / www.Klagepaten.eu. Daha fazla bilgi edinin, birbirinizle konuşun, aktif olun: Özgür gelişme ve barışçıl direniş hakkınızı talep edin. **SELAM!** (Barış)

Netzwerk

IMMER SAMSTAGS AB 14:30 UHR AN ZENTRALEN PLÄTZEN ÜBERALL — UND DARÜBER HINAUS

Das überparteiliche Netzwerk für die Republik »Nicht ohne uns!« setzt sich seit 28. März jeden Samstag ab 14:30 Uhr bundesweit für das Grundgesetz ein. 14:30 Uhr ist die neue Zeit, da nun wieder Fußball übertragen wird (aus leeren Stadien). Bei uns: Menschen finden zueinander für die liberalen und sozialen Werte unserer Verfassung, für Wissenschaftlichkeit, Freizügigkeit, Pressefreiheit und das Recht auf freie Opposition.



Unsere Übersichtskarte zeigt die Anmeldungen von Aktivitäten von dezentralen und eigenverantwortlichen Gruppen des partei- und organisationsunabhängigen Netzwerkes nichtohneuns.de. Der Newsletter wird direkt aus der Kommunikationsstelle Demokratischer Widerstand e.V.i.Gr. in die Republik und darüberhinaus verschickt.

Weiter auf...

NICHTOHNEUNS.DE

Friedliche Grüße aus Stuttgart

von Sofia Keck



Circa 10.000 Oppositionelle am 9. Mai 15.30Uhr auf dem Cannstatter Wasen *Foto: Sofia Keck*

Wir waren pünktlich um 15:30 Uhr vor Ort. Es wartete bereits eine riesige Menschenmenge von friedlichen Menschen aller Couleurs, aller Altersgruppen, aller Herkunftsländer.

Es gab sehr viele Familien mit Kindern - Kindern mit Schildern: »Ich möchte nicht geimpft werden!«, »Ich möchte meine Freiheit!«, »Ich will auch in Freiheit aufwachsen!«

Das berührte mich persönlich sehr. Auffallend war die geringe Polizeipräsenz. Es waren ungefähr 10.000 Menschen anwesend.

Der ganze Cannstatter Wasen war voll - voller als bei jedem Volksfest. Ich habe in meiner Heimatstadt noch nie so viele Menschen auf dem Wasen gesehen.

DAS SPENDET HOFFNUNG!

Es werden hoffentlich noch viel mehr! Ich selbst nahm sehr wenig Polizei wahr, da sie sich weitestgehend im Hintergrund aufgehalten hat.

Ich bemerkte etwa acht Kastenwägen, die auf dem Gelände verteilt waren. Mehr wären aufgrund der großen Menschenmenge kaum sinnvoll gewesen. Die Wege waren voll — die Menge war zu groß! Viele DemonstrantInnen kamen aus anderen Städten, die bis zu drei Stunden Anreise auf sich genommen hatten. Mit vielen habe ich mich unterhalten. Insgesamt war es sehr friedlich und liebevoll.

Alle repräsentierten gemeinsam die Kraft, die Liebe und die Solidarität unter den hier Anwesenden. Berichte darüber, dass nur 5.000 Personen anwesend waren, darunter viele Rechte und Verschwörungstheoretiker, kann nur jemand geschrieben haben, die oder der definitiv nicht anwesend war.

Jede Demonstrantin muss solche Aussagen sofort als Lüge entlarven. Ich vermute, dass im Laufe der Woche noch viele prominente Menschen endlich Farbe bekennen und hoffe so sehr, dass nächsten Samstag wieder sehr viele Menschen kommen! Zumindest werden wir alles dafür tun! In diesem Sinne: »Was wir alleine nicht schaffen, das schaffen wir dann zusammen!«

Hinweis: Dem Vernehmen nach soll wegen der Fußballübertragungen (aus leeren Stadien) die künftige Grundgesetz-Zeit auf 14:30 vorverlegt werden

DURCHBRUCH FÜR DIE REVOLUTION

Rede Prof. Dr. Stefan Homburgs in Stuttgart,
parteiloser Politikberater, ehemals bei der SPD, zuletzt für Die Linke

Ich spreche heute über einen Wissenschafts-, Medien- und Politikskandal, wie ich ihn mir nie hätte träumen lassen. Ich möchte kurz rekapitulieren, was in den letzten zwei Monaten passiert ist.

Mitte März ist eine politisch geprägte Stimmung, »Corona ist ungefährlich«, umgekehrt worden. Der Bayerische Rundfunk sagte damals, »wer behauptet, Corona sei gefährlich, ist ein Verschwörungstheoretiker von rechts«. Das hat der Bayerische Rundfunk vor acht Wochen gesendet, um seinem Ministerpräsidenten den Rücken freizuhalten, weil der es für politisch opportun hielt, Fasching feiern zu lassen. Was dann zu sehr vielen Infektionen in Bayern führte.

Nachdem die Politik sich um 180 Grad gedreht hatte, haben sich die eilfertigen Medien auch um 180 Grad gedreht, und ab jetzt ist jeder, der sagt »Corona ist nicht so gefährlich«, Verschwörungstheoretiker von rechts.

Ich habe erstmal geschaut — wer ist denn auf diesem Gebiet der anerkannteste Wissenschaftler der Welt? Und das ist John Ioannidis. John Ioannidis hat am 17. März öffentlich gesagt, dieser Lockdown sei nicht evidenzbasiert und werde zu einem Fiasko werden. Dasselbe hat hier in Deutschland Herr Dr. Wodarg gesagt, der lange leitender Medizinaldirektor war, SPD-Abgeordneter, und damals Vorstand von Transparency International.

Als dritten möchte ich Prof. Bhakdi von der Uni Mainz nennen. (...) Herr Prof. Bhadki hat ebenfalls gesagt, dass diese ganze Panikmache Unsinn ist. Niemanden von nicht weniger als 120 überwiegend medizinischen Experten auf der Welt, die alle gesagt haben, Corona ist ein Hype, wenn nicht sogar ein Hoax, niemanden hat man gehört. Stattdessen hat unsere Bundeskanzlerin den gesamten Stand der Wissenschaft ignoriert, und zwei Wissenschaftler herangezogen, die schon 2009 verhaltensauffällig geworden waren in Deutschland. Sie können heute noch nachlesen, wie Herr Drosten und Herr Kekulé im Jahre 2009 davor warnten, die Schweinegrippe wäre ganz schlimm.

Herr Kekulé forderte sogar im Jahre 2009, die Schulen zu schließen. Im Nachhinein hat sich die Schweinegrippe als völlig irrer Hype erwiesen, aber mit großen finanziellen Folgen. Die Bundesländer wurden durch eine mediale Kampagne erpresst, hunderte von Millionen für unwirksame und fragliche Impfstoffe auszugeben.

Die Bürger begegneten diesen Impfstoffen mit Misstrauen. Deshalb wurde hinterher, als der Hype vorbei war, das ganze Zeug weggeworfen. Jetzt gehen wir nochmal ganz kurz durch die zeitliche Schiene: Mitte März also schwenkt die Regierung um. Grossveranstaltungen abgesagt am 9. März, Schulen geschlossen am 16. März, Lockdown über das ganze Land am 23. März. Einige Tage später sagt die Bundeskanzlerin, »wenn die Verdoppelungszeit sich zehn Tagen nähere, dann werde der Lockdown aufgehoben«.

Das ist aber schon kurz danach der Fall, sodass das Bundeskanzleramt nachlegt: »Nein, lieber 14 Tage!« Das ist wiederum sehr schnell erreicht. Daraufhin, und jetzt wird es wirklich spannend, wechselt die Bundesregierung komplett ihre Argumentation, geht von dieser Verdoppelungszeit weg, und holt eine niegesehene Reproduktions-Zahl hervor, die unter dem Wert 1 liegen soll. Das ist von da an die Vorgabe.

Bis zu diesem Punkt habe ich persönlich gedacht, das ist einfach alles nur schlechte Politik und Politikversagen. Aber (...) am 15. April haben sich die Ministerpräsidenten mit der Bundeskanzlerin getroffen. Sie hatten alle eine Grafik mit der Reproduktions-Zahl vor sich. Sie sahen das Ziel R<1 war nicht nur erreicht, sondern schon lange erreicht, und war sogar schon vor Beschluss des Lockdown erreicht gewesen. Sodass in dem Moment für jeden, der nicht verrückt ist, erkennbar war — wir haben einen Fehler gemacht, und ich hätte erwartet, dass am 15. April die Ministerpräsidenten und die Bundeskanzlerin sagen, der Lockdwon wird aufgehoben.

Das hat man nicht gemacht.

Ein demokratischer 10. Mai in Eckernförde

von Li Tempel

An diesem Wochende fand in Eckernförde an der Hafenspitze eine Versammlung von zirka 150 Menschen statt (inklusive glücklicher Kinder). Unsere Bewegung heißt »Aufstehen für Freiheit«.

Um 15.30 Uhr fing die Versammlung an und ging zirka eineinhalb Stunden. Es gab eine Bühne und jeder war eingeladen, seiner Stimme Ausdruck zu verleihen - ob mit vorbereiteter Rede oder spontan. Alles verlief sehr friedlich. Die Polizei war anwesend, blieb aber im Hintergrund.

Wir übten uns in demokratischer Abstimmug. Es wurde die Frage gestellt, ob die Corona Maßnahmen mit sofortiger Wirkung aufgehoben werden sollten. Bis auf etwa vier Enthaltungen stimmte die Mehrheit für ein deutliches Ja. — Am Wichtigsten: Es wurde ebenfalls gefragt, wer dafür sei, die Maßnahmen zu erhalten. Als daraufhin ein leises Lachen in der Menge aufkam, unterbrach der Moderator und bat, nicht zu lachen. Er betonte, dass jeder ein Anrecht auf seine Meinung habe, auch - oder gerade wenn - diese nicht der Merhheit entspräche. Und das verlange von uns allen gegenseitigen Respekt.

In der Schweiz heißt es: Manchmal verlierst du, manchmal gewinnst du. Genau das lerne ich hier in dieser oppositionellen Gesellschaft: Die Basis ist ein öffentlicher Diskurs und jeder darf daran teilnehmen!

Wenn wir uns gemeinschaflich eine Basisdemkratie erarbeiten wollen, bedeutet es, zu lernen, für sich einzustehen und dem Mitmenschen respektvoll gegenüber zu treten - auch wenn dieser gegenteiliger Meinung ist.
Verschiedene Meinungen sollten keine Ausschlusskriterien in einer demokratischen Gesellschaft sein. Uns vereint als Menschen, als soziale Wesen, weit mehr als eine politische Entscheidung! Und nur gemeinsam ist es möglich, dies zu lernen - miteinander, respektvoll und emphatisch. Denn nur wenn ich als Andersdenkende die Sicherheit habe, mich frei zu äußern, ohne angegriffen zu werden, ist die Gemeinschaft stabil und schafft einen Raum für Vielfalt. So kann eine farbenfrohe Gesellschaft erblühen.

9. Mai in Heidelberg

von Götz Küpper

In Heidelberg waren am vergangenen Samstag deutlich mehr Menschen als noch vor zwei Wochen anwesend trotz Regenwetters — Dutzende oder mit Abstand weit mehr! Mit ihnen waren auch ein paar wenige SpaziergängerInnen von der falschen Antifa, die etwas störten. Die Polizei verhielt sich gegenüber den beiden sehr zurückhaltend. Es gab zwar wiederholte Ermahnungen zum Maskentragen, was sich letztlich aber nur mäßig durchsetzen ließ. Von wenigen verbalen Auseinandersetzungen abgesehen, blieb es friedlich.

Die Gedanken sind frei in Kassel

von Dirk Wiegand



Über 400 Oppositionelle am 9. Mai 15.30Uhr in Kassel *Foto: Wiegand*

Die Demonstration in Kassel war sehr angenehm und friedlich. Die Polizei erlaubte, sich jeweils zu zweit um den Platz herum zu positionieren. Zusätzliche Kleinbusse mit Polizisten befanden sich noch im näheren Umfeld. Es hatten sich zirka 400 Menschen eingefunden. Es gab drei Redebeiträge zu der aktuellen Situation: Grundgesetz-/ Lebenseinschränkungen, Meinungsfreiheit, aktuelle Covid-19-Zahlen, die entspannte Lage in unseren Krankenhäusern, medizinische Impfabsichten und die viele Fragen an die Politik.

Vorgelesenes Zitat von John Lennon: »Unsere Gesellschaft wird von Verrückten geführt, für verrückte Ziele. Ich glaube, wir werden von Wahnsinnigen gelenkt, zu einem wahnsinnigen Ende, und ich glaube ich werde als Wahnsinniger eingesperrt, weil ich das sage. Das ist das Wahnsinnige daran.«

Begleitet wurde die Veranstaltung von einer Musikgruppe und dem Lied: »Die Gedanken sind frei«, welches gemeinsam gesungen wurde.

Es gab eine sehr ergreifende Viertelstunde in absoluter Stille. Alle Beteiligten saßen oder meditierten. Dieser »magische« Zustand der Stille erweckte die größte Aufmerksamkeit unter den Passanten. Ich hoffe sehr, dass es noch mehr werden!

Meditieren für das Grundgesetz in Hamburg

von Ada Stefanie Namani / Rosa von der Beek



9. Mai 15.30Uhr Rathausmarkt Hambug *Foto:Ada Stefanie Namani*

Auf dem Hamburger Rathausmarkt sammelten sich am Samstag, den 9. Mai, ab 15 Uhr circa 2.000 Menschen. Die Polizei war bereits in der Nähe aufgestellt, begann aber erst um 16 Uhr mit der Androhung zur Räumung, da die Gesundheitsbehörde wieder nur 50 TeilnehmerInnen genehmigte. Bis dahin wurden Ansprachen gehalten, Reinhard Mai wurde gesungen. Die Menschen sangen gemeinsam. Viele saßen und meditierten. Unsere Wochenzeitung *Demokratischer Widerstand* wurde verteilt. Die Stimmung war friedlich und gut. Ein freundlich lächelnder, älterer Herr machte minutenlang Kopfstand und hielt an seinen Füßen einen Galgen, an dem das GG baumelte. Überall auf dem Platz hingen Hinweise aus: »Alle Teilnehmer verteidigen Freiheit, Gleichheit, Menschenrechte ALLER Menschen.«
Wir sehen, dass immer mehr Menschen sich trauen, ihre Meinung öffentlich auf die Straße zu bringen und sich nicht mehr davon abhalten lassen, ihren Unmut über die verfassungswidrigen Zustände in diesem Land mit kreativen und friedlichen Mitteln zu zeigen. | Hamburger Kontakt: unsere-grundrechte.de

Für den Mut in Cottbus

von Katrin Jaschan

Die Schweigespirale (E. Noelle Neumann) zu durchbrechen, war mein Ziel. Ich hatte aber auch Angst davor, in die Öffentlichkeit zu gehen, Angst um meine Existenz.

Ein Freund schlug mir vor: »Macht ein künstlerisches Statement — summt!«

Die Angst wurde größer als wir vor unserer ersten Aktion einen Anruf von der Polizei erhielten. Unsere Aktion sei nicht gestattet: Wir hatten die Anmeldefrist nicht eingehalten.

Wir summten trotzdem —unangemeldet und kurz. Wir sahen es als Generalprobe.

Eine Woche später fand die Premiere statt - natürlich vorbildlich angemeldet. Auf eine Tafel schrieben wir: »Summen stärkt ihr Immunsystem.«

Alles unverbindlich. Dennoch kamen Menschen, es entstanden Gespräche, es war befreiend! Manche fanden es völlig bescheuert.

Meine Schwiegermutter sagte zu mir: »Da habt ihr euch ganz schön Verantwortung aufgeladen.« Was das wirklich bedeutete, erfuhr ich erst am Samstag.

Es kamen Menschen, die nur in unserer Mitte ehrlich ihre Meinung aussprechen konnten, die selbst in ihren eigenen vier Wänden keinen Zuspruch erhielten. Deshalb entschlossen wir uns bei der dritten Summphonie, Menschen sprechen zu lassen und auch wir sprachen.

Im Publikum befanden sich scheinbar auch Nazis. Eine Dame trat ans Mikrophon und fragte das Publikum, wie sie es dulden könnten, dass »Solche« sich hier dazustellen. Ein Schock für uns!

Es waren vier Männer. Sie trugen markante T-Shirts, die sie vorher unter ihren Jacken versteckt hatten.

Ich erklärte in einem kurzen Statement, dass wir sie nicht gesehen hätten und somit auch nicht des Platzes verweisen konnten.

Unser Ziel sei es, gemeinsam etwas zu tun, das uns stärkt und Mut macht. Ich verwies auf das Grundgesetz. Dann sang ich ein Lied — richtig schön schief.

Ich war sehr angespannt. Vielleicht veranlasste sie das, zu gehen?
Schief singen gegen rechte Präsenz! Oder war es die Art der Ansprache?

Ein Mann, der sich schon seit Jahren in der Friedensbewegung engagierte, gab mir vor ein paar Tagen den Tipp: »Sage immer, wofür du bist - nicht wogegen.« — Ein sehr wichtiger Hinweis.

***Katrin Jaschan**, Kommunikationswissenschaftlerin und Dozentin*

Stimmung kippt in Erfurt
von Dirk Wächter



Polizeieinsatz gegen Grundgesetz- und Zeitungsverteiler *Foto:Dirk Wächter*

Wir vom Erfurter Ableger von *Nicht ohne uns!* hatten unsere Versammlung für insgesamt zwölf Teilnehmer bei der Stadtverwaltung Erfurt für den 9. Mai 2020 angemeldet. Diese wurde Freitagnachmittag für den Domplatz genehmigt. Es ist unklar, woher die übrigen 500 Spaziergänger kamen, aber auf einmal war es rappelvoll.

Wir befestigten ein Rot-Weiß-Absperrband mit Kegeln um uns herum, um zu gewährleisten, dass sich nur 12 DemokrantInnen auf der Versammlungsfläche aufhielten. Dies war eine von vielen Zwangsauflagen im Genehmigungsbescheid.

Wir wollten auf die Gefahr hinweisen, dass unsere Demokratie auf Dauer Schaden nehmen könne, sollten weite Teile der Verfassung weiterhin außer Kraft gesetzt bleiben. Deshalb verteilten wir Grundgesetze und Plakate.
Es war eine sehr friedliche und anregende Stunde. Wir hatten nette und konstruktive Gespräche mit Vertretern des Ordnungsamtes, dem Einsatzleiter der Polizei und sogar mit einigen PolizistInnen. Alles verlief freundlich und entspannt.

Der Domplatz hatte sich um 17:00 Uhr deutlich geleert. Wir beendeten unsere Versammlung und teilten dies auch den übrigen TeilnehmerInnen, dem Ordnungsamt und der Polizei mit, um eine weitere Auflage zu erfüllen. Obwohl unsere Utensilien schon längst eingepackt und wir aufbrechen wollten, begann die Polizei mit Lautsprecherdurchsagen. Die Domstufen sollten geräumt werden.

Ein Polizeitrupp marschierte in Kampfmontur und Formation in Richtung der SpaziergängerInnen. Es war offensichtlich der Einsatzbefehl, nach Ende der Veranstaltung die übrigen entspannten SpaziergängerInnen zu attackieren — vollkommen unnötig, da es keinen Grund gab, die aufbrechenden Menschen auseinander zu treiben.

Dann geschah, was so nicht hätte geschehen dürfen. Die auffällig jungen PolizistInnen pickten sich wahllos eine Person aus einer Gruppe heraus und griffen diese tätlich an.

Die Stimmung kippte sofort. Es entstand ein Riesentumult, um den attackierten Menschen aus der Polizeigewalt zu befreien. Nachdem dies gelang, pickte sich die Polizei einen weiteren Menschen heraus und versuchte diesmal, Handschellen anzulegen.

Dabei gingen die Einsatzkräfte so brutal vor, dass er schließlich bewusstlos mit einer Platzwunde am Kopf zu Boden ging. Wie programmiert schirmten andere PolizistInnen diese »Maßnahme« ab. Im Hintergrund wurde erste Hilfe geleistet; eine Bürgerin rief den Notarzt. Trotz der Abschirmung gelang es mir, zu fotografieren.

Ein Polizist, der jünger als mein eigener Sohn war, schlug mich hart gegen die Schulter und schrie: »Gehen Sie zurück!«

Ich versuchte, ihn zu beruhigen und betonte, dass es wichtig sei, gewaltfrei und höflich zu bleiben. Er schnaufte nur mit hochrotem Kopf und Schweißperlen auf der Stirn. Mit stechendem Blick gab er mir deutlich zu verstehen, dass er bereit war, härter gegen mich vorzugehen. Ich entfernte mich schließlich.

Mir fiel auf, dass man hier offensichtlich unsere eigenen Kinder verheizte. Während die schweren Jungs wahrscheinlich in Berlin zusammengezogen wurden, hatte man in Erfurt eine regelrechte Kindertruppe zusammengestellt. Mir schien es eine vollkommen sinnlose und absolut überzogene Maßnahme zu sein.

Drei Stunden früher tummelten sich die Erfurter eng auf dem Wochenmarkt - später griff man aus »Gründen des Gesundheitsschutzes« gegen dieselben hart durch. Gegen diese Art von unnötiger Gewalt protestiere ich aufs Schärfste!
Es hätte in Erfurt am 9.5.2020 ein wahrer Vorzeigetag werden können. Wir waren ganz kurz davor.

ANTI-CORONA-KUNDGEBUNG IN MARBURG
von Hermann Ploppa

Am 9. Mai 2020, 15:30 bis 16:30: Mittlerweile zählt die Marburger Gruppe bereits über 60 AktivistInnen. So ist es uns auch möglich, nicht nur samstags mit Kundgebungen auf unser Anliegen aufmerksam zu machen, sondern auch noch mittwochs.

Die Mühe hat sich gelohnt. So kamen am Samstag bereits etwa 300 Personen zusammen. Und um Aufmerksamkeit müssen wir uns nicht mehr bemühen. In packenden Beiträgen gingen die Redner auf die Verschwendung öffentlicher Gelder an die Bill-and-Melinda-Gates-Stiftung durch die Bundesregierung ein; die Neuartigkeit der Impfungen, die auf die genetische Struktur des Menschen Einfluss nehmen. Ein Gastwirt schilderte die bürokratischen Gängelungen, die auf sein Gewerbe im Zuge der Gesundheitsmaßnahmen zukommen würden, und die ein Ende seines Geschäftes zur Folge haben wird.

Ein Redner erinnerte an die Aufklärung und die Aufforderung, sich seines eigenen Verstandes zu bedienen. Ein anderer Redner ließ in Originalzitaten noch einmal den Wahnsinn der offiziellen Mainstream-Berichterstattung passieren.

Die Bundesregierung versuche jetzt, sich elegant aus der Verantwortung für die immensen Schäden durch ihr Corona-Regime zu stehlen. Nun sollen Länder und Gemeinden selber sehen, wie sie aus der Nummer wieder rauskommen. Keinesfalls dürfe man die Verantwortlichen ungestraft entkommen lassen.

Und zur alten »Normalität« wolle man auch nicht zurück: Gewalt- und Hassverherrlichung der Mainstream-Medien; Verrottung der öffentlichen Infrastruktur; eine Herrschaft durch Kriegs- und Terrorismusangst.

Der jetzige Sonderzustand bietet vielmehr die Gelegenheit, in eine ganz neue Normalität des Friedens, der Toleranz und der sozialen Gerechtigkeit einzutreten. Die Stimmung auf dem Platz war euphorisch. Wir kommen wieder. Keine Frage.

Der Polizeipräsident erklärte uns schriftlich auf Papier:

Die gedruckte Wochenzeitung Demokratischer Widerstand sei »virenkontaminiertes Material«
— und dürfe deshalb nicht auf dem Rosa-Luxemburg-Platz zu Berlin verteilt werden...
Was sagt uns das? Nun, unsere politische Führung ist sogar kognitiv
völlig am Ende. Krankmelden! Abtreten! Sofort!
Pressekontakt: demokratischerwiderstand@protonmail.com
Spenden für die kommende Ausgabe dieser Zeitung: IBAN DE 22 1005 0000 10 67 93 78 42

Kontakt zu den eigenständigen
Regionalgruppen in
der Bundesrepublik über
NICHTOHNEUNS.DE/REGIONAL

Noch kein Triumph in Bremen
von Inga



9. Mai auf dem Marktplatz in Bremen *Foto:Inga*

Auf den Bremer Spaziergängen ist die Polizei seit dem 25. April vertreten. Bisher verlief aber alles friedlich. Gestern, den 9. Mai trat erstmalig die falsche Antifa mit großflächigen Aktionen auf: ein Autokorso wurde blockiert und unsere Demo auf dem Marktplatz lautstark gestört. Die Polizei kesselte uns zum Schutz ein. Die Demonstration sollte vorzeitig beendet werden, was wir aber entschieden ablehnten.

UNDEMOKRATISCHER WIDERSTAND

Über das, was die Regierung alles an Falschem sichtbar macht. Und wie man dem begegnet. *Von Hendrik Sodenkamp*

In den vergangenen Wochen habe ich sehr viel Unsinn, Halbwissen und üble Nachrede über den Demokratischen Widerstand, die republikweiten Hygiene-Spaziergänge und die daran beteiligten Menschen miterleben dürfen.

Die Funktionseliten der Bundesrepublik haben im Frühling 2020 ihr Augusterlebnis: Das nationale oder gar internationale Einheitsfantasma soll durch keine zivile oppositionelle Stimme getrübt werden. Wohin man sieht: Kriegslogik, Gefallenenzahlen, Kriegswirtschaft. »Endlich ist der Mist vorbei«, denken sie und vergessen dabei, dass es der ihrige war.

Dabei zeichnen sich tatsächlich positive Aspekte ab. Ein Verweis auf vermeintliche ökonomische Sachzwänge wird es in Zukunft nicht mehr geben können. Wenn ein kleiner Virus ausreichte, um drastische ökonomische und politische Maßnahmen einzuleiten, dann können Menschheitsfragen wie Hunger, die Verfeinerung der Kultur, Demokratie in der Wirtschaft, medizinische Unterversorgung und der Klimawandel das erst recht.

Die Neoliberale Epoche und deren Logik ist vorbei, die kommende soll gerechter und freier sein; nicht noch übler.

Nach Jahrzehnten des ethischen, kulturellen und ökonomischen Abwirtschaftens müssen jedoch die Regierungen erst einmal den Beweis dafür liefern, dass sie ebenfalls friedlichere, solidarischere, freiere und umweltfreundlichere Verhältnisse anstreben, bevor ihnen irgendetwas geglaubt werden kann. Trotzdem meinen ein paar Leute — entgegen aller Erfahrung — schon jetzt, dass die Herrschenden es gut mit einem meinen, weil sie durch Posten und Karriereträume von Ihnen abhängig sind. Klinisch nennt man das »Stockholm Syndrom«.

Es haben sich ein paar Dinge in der Vergangenheit bewährt, die von der Regierung gerade mit Füßen getreten werden: Gewaltenteilung, Rechtsstaatlichkeit, Wissenschaftlichkeit und die freie republikanische Aushandlung. Deshalb gibt es den Demokratischen Widerstand auf Basis der Menschenrechtscharta im Grundgesetz.

Hier versammeln sich unteschiedliche und sehr viele Menschen, um die Früchte des Sieges über Nazi-Deutschland gegen Schlechteres zu verteidigen und für gleichberechtigte, demokratisch ausgehandelte Wirtschaftsregeln zu kämpfen. Wir sind Liberale, Progressive, demokratische Konservative, Kommunisten oder Anarchisten, aber jedenfalls Menschen, die unabhängig eigener Polittraditionen nichts allgemein Undemokratisches mehr dulden werden.
In den vergangenen Wochen wurden wir medial mit Begriffen aus der untersten Schublade bedacht: Agenten im russischen Auftrag, Verschwörungstheoretiker, Sozialdarwinisten, Querfrontler, Nationalisten, Antisemiten und Infektionsquelle. Uns wurden psychiche Erkrankungen zugeschrieben oder ein klares Denkvermögen abgesprochen. Das haben wir in Berlin und auch viele Menschen in der Republik erleben müssen, auf welche diese grobschlächtigen Zuschreibungen schlichtweg nicht passen. Es geht um Menschenrechte und ökonomische Rechte.

Aber so kam es wie es kommen musste: Der Undemokratische Widerstand wurde herbeigeschrieben. Den gibt es eben auch und den wünschen sich die Medienleute auch herbei. Jetzt stehen die Nazis auf dem Alexanderplatz oder in Düsseldorf mit der Bruderschaft Deutschland. Nach Wochen.

Weil soviel Unsinn über den Demokratischen Widerstand geschrieben wurde, kann es einigen schwer fallen, jetzt den Undemokratischen Widerstand zu erkennen und sich davon abzuwenden.

Nein, niemand muss neben Nazis stehen für Grundrechte. Die wollen etwas ganz anderes. Als Kompass haben Sie auch Ihre eigene Überzeugung bezüglich dieser Ideologien von vor drei Monaten. Was sollte sich an deren herabwürdigenden Ideologie geändert haben? — Tun Sie sich keinen Zwang an. Es gibt drei Möglichkeiten im Umgang:

Sprechen Sie die Leute gemeinsam an und verweisen Sie sie der Demonstration. Gehen Sie selber an einen anderen Platz und machen Sie dort weiter, wenn Sie dies nicht aussprechen möchten oder können.

Tun Sie Ihre Ablehnung von Ideologien, die die Menschenwürde beleidigen, öffentlich kund.

Der Vorwurf von »Spaltung«, der kommen mag, ist unhaltbar. Von Nazis war der Demokratische Widerstand schon immer — qua Definition — getrennt.

Wir verteidigen das Grundgesetz gegen Schlechteres. Das beinhaltet, neben dem Hygieneregime der Regierung, auch die Pläne und Absichten dieser paar Mitbürger.

In den kommenden Wochen sind wir alle dazu angehalten, vermehrt darauf zu achten, dass der Undemokratische Widerstand sich wieder in jenes Abseits zurück zieht, aus dem er kommt. Wir sind voran gegangen und sie wollen uns beerben. Das werden sie aber nicht schaffen, dafür sind wir zu lebendig.

EINHEIT STATT SPALTUNG

Wird man im eigenen Land drangsaliert, wird man sich neue Freunde suchen. *Von Franzi*

Meine Grundrechte verteidigen? Darum musste ich mich noch nie kümmern. Doch seit einigen Wochen merke ich, dass ich nicht länger wegschauen kann. In meinem Kopf schwirrte ständig nur eine Frage: Wo ist mein Platz – was ist meine Aufgabe in diesem Chaos?

Als Antwort darauf flatterte letzte Woche unverhofft eine Ausgabe »Demokratischer Widerstand« direkt auf meinen Küchentisch. Während meine Mitbewohnerin belustigt die Schlagzeilen und einige Passagen überflog, spürte ich in mir einen Funken: Da ist etwas Wahres dran!
Nach stundenlanger Recherche erkannte ich meine Aufgabe in dieser Situation: Ich muss das Grundgesetz verteidigen! Ich muss für meine Freiheit und für mich selbst einstehen! Ich muss klar zeigen, für welche Ideale einstehen - egal, was andere sagen!

MEDITATION MIT BESCHALLUNG AUF DEM ROSA-LUXEMBURG-PLATZ

Die logische Konsequenz lautete: Auf zur Demo nach Berlin!
Viel zu früh und gerade rechtzeitig kam ich mit zwei Freunden am Samstag, den 09. Mai, um 14 Uhr auf dem Rosa- Luxemburg-Platz an. Wie wir später erfahren sollten, wurde die Versammlung genau zwei Minuten nach uns abgeriegelt. Freundlich begrüßten wir die Polizei. Die Polizisten verneinten die Frage, ob wir hinter dem Zaun weggetragen werden würde. Daraufhin trauten wir uns zu unseren MitstreiterInnen. Auf den ersten Blick wirkte der Rosa-Luxemburg-Platz chaotisch. Überall Zäune, mindestens 30 Polizeiautos um den Platz verteilt und in der Mitte: Eine Rasenfläche, jedoch zweigeteilt. Uns gegenüber fand die Gegendemo der Antifaschistischen Initiative und der Bergpartei statt, die uns die nächsten zwei Stunden mit ihren Parolen beschallen sollte.

Auf unserer Seite versammelten sich Familien mit Kindern, Einzelpersonen, Jung und Alt, Freundesgruppen, Menschen mit und ohne Alu-Hut waren versammel. Man könnte die Gegensätze ausweiten, jedoch überwogen die verbindenden Elemente: Menschen saßen beisammen und meditierten, genossen die Sonne und Entspannung, hielten weder Schilder, riefen sie Parolen. Sie praktizierten stillen, freundschaftlichen Protest und sangen »Die Gedanken sind frei!« begleitet auf dem Akkordeon einer freundlichen Dame.

Wir fragen uns, warum während dieser ganzen Versammlung eigentlich kaum neue DemonstrantInnen hinzugekommen waren? Die Antwort fanden wir beim Verlassen des Platzes: Während wir die Schranken passierten (welche übrigens in fünffacher Ausführung hintereinander aufgebaut worden waren), schien die Polizei einen Rappel bekommen zu haben: Einige drehten sich auf einen Befehl hin rum und rannten vom Platz in entgegensetzte Richtung davon. Wir folgten.

Als wir die letzte Barriere der Polizei durchschritten hatten, saßen an allen Ecken meditierende DemonstrantInnen! Mein Herz hüpfte: In diesem Land kann sich etwas bewegen, wenn wir auf so achtsame Art Zeichen setzen. Dennoch rannten die PolizistInnen noch immer an uns vorbei in Richtung Alexanderplatz! Mittlerweile folgten wir der Polizei als Masse.

Verwirrt von dem aufgeregten Treiben um uns herum, sprach ich ein junges Pärchen an, welches verängstigt in Richtung Alexanderplatz blickte. Was wir dann erfuhren, klärte die Situation: „Nachdem die Polizei den Rosa-Luxemburg-Platz abgeriegelt hatte, schon bevor die Demo offiziell begonnen hatte, standen hunderte DemonstrantInnen sozusagen vor verschlossenen Türen. Deswegen entwickelte sich eine spontane Idee, die die Massen zum Alexanderplatz bewegte, um dort gemeinsam zu demonstrieren. Da dort jedoch keine Demo oder Versammlung angemeldet war, begann die Polizei nun einzugreifen.«

Als wir uns selbst auf den Alexanderplatz schoben, war das Bild gigantisch: Der gesamte Platz war voller Menschen, die »Freiheit!«, »Wir alle sind das Volk!«, und »Widerstand!« riefen! Der Brunnen war erklommen, auch wenn mein besorgtes Auge dort oben eine wehende Deutschlandflagge entdeckte. Ein bärtiger Mann erklärte mir: »Das macht nichts! Man wird ohnehin etwas finden, an dem man meckern kann. Sie versuchen uns klein zu halten. Außerdem kommt es eigentlich auch genau darauf an: Sich nicht immer als geteiltes Volk zu sehen, sondern als eines, was aus vielen unterschiedlichen Facetten besteht und nicht nur aus links und rechts.«

Über mehrere Stunden hielt sich die Menschenmasse auf dem Platz. In den Medien wurde berichtet, dass die Stimmung als aggressiv wahrgenommen wurde. Das sehe ich nicht so. Erst als die Polizei mit fragwürdigen Methoden eingriff, fühlten sich Menschen bedroht. Die allgemeine Stimmung würde ich als sehr kraftvoll und vereinend bezeichnen.

Zum Abschluss eine letzte Erkenntnis, die ich an diesem Tag für mich aus diesen Erlebnissen gezogen habe: Es ist leicht, andere Menschen als Spinner und Verschwörungstheoretiker zu beschimpfen. Dabei muss mensch sich nicht sonderlich bewegen. Es erfordert aber wesentlich mehr Stärke und Mut, zu seiner eigenen Wahrheit zu stehen. Und damit zur Not auf Seiten der Beschimpften zu stehen.

Leak

»GEFAHR IM VERZUG!«

Ein hoher Beamter des Innenministeriums warnt in einer umfassenden Analyse vor den tödlichen Folgen des Corona-Notstands. W

Das Bundesministerium des Inneren, für Bau und Heimat (BMI) ist führend mitverantwortlich für die Maßnahmen, die angeblich helfen sollen, das Virus Sars-Cov 2 und die von ihm laut Weltgesundheitsorganisation WHO ausgelöste Krankheit Covid-19 einzudämmen. Das von Horst Seehofer (CSU) geführte Ministerium hat ein aktuelles Problem: Ein Mitarbeiter aus dem BMI, zuständig für den Schutz Kritischer Infrastrukturen, hat eine Analyse des Corona-Krisenmanagements der Bundesregierung und der Regierungen der Bundesländer angefertigt.

Die Analyse des verantwortlichen Beamten kommt zu einem deutlichen Ergebnis:

Bei der Warnung vor Sars-Cov 2 und Covid-19 handele es sich um einen Fehlalarm. Die Schäden durch die Maßnahmen seien größer als die gesundheitlichen Gefahren und Folgen durch das Virus.
Zudem werden dem offiziellen Krisenmanagement von Politik und Behörden gravierende Fehlleistungen in der Corona-Krise testiert.

Das hat der BMI-Mitarbeiter nicht nur seinen direkten Kollegen und den Fachkollegen in den Landesministerien übermittelt, sondern anscheinend gleichfalls Empfängern außerhalb dieses Kreises. So ist es inzwischen auch bei einigen Journalisten auf dem Tisch gelandet. Deshalb hat das Ministerium am Sonntag in einer Pressemitteilung erklärt, das Material gebe nur die Privatmeinung eines fachlich nicht zuständigen Mitarbeiters wieder. Es sei von ihm »außerhalb der sachlichen Zuständigkeit des Verfassers sowie der Organisationseinheit im BMI, für die er tätig war«, erarbeitet worden. Er habe dafür »weder einen Auftrag, noch eine Autorisierung« gehabt.

Das Ministerium bestreitet also nicht die Existenz des Materials. Es behauptet aber, »eine strukturelle Einbindung aller am Krisenstab beteiligten Organisationseinheiten, wie sonst bei seriösen Analysen zwingend erforderlich und üblich«, sei nicht erfolgt. Der Vorwurf aus dem Ministerium, der Autor habe die Analyse »unter Verwendung behördlicher Symbole, z.B.: dem offiziellen Briefkopf, verfasst und der Öffentlichkeit zugänglich gemacht«, ist falsch. Denn auf dem Material, das Rubikon vorliegt, ist an keiner Stelle der Briefkopf des BMI zu sehen oder verwendet worden.

Was über die Fehler von Politik und Behörden in der Corona-Krise in dem Papier zu lesen ist, hat es viel zu sehr in sich, als dass es ignoriert werden dürfte. Nicht nur dass der Autor belegt, was er über die internen Entscheidungsprozesse schreibt. Er führt in dem umfangreichen Anhang zahlreiche Hinweise an, die seine kritische Sicht stützen. Darin sind ebenso Angaben zu seiner Tätigkeit als Oberregierungsrat im BMI und dem dortigen Referat KM 4 zu finden, das sich innerhalb des Ministeriums mit dem Schutz kritischer Infrastrukturen beschäftigt.

Die dort beschriebenen Aufgaben zeigen, dass der verantwortliche Mitarbeiter sehr wohl inhaltlich für Fragen zuständig ist bzw. war, die die Folgen der Corona-Krise und der angeblichen Schutzmaßnahmen für die gesamte Gesellschaft sowie der für ihre Existenz notwendigen Infrastruktur betreffen. Die Bundesregierung definiert das Sachgebiet so: »Kritische Infrastrukturen (KRITIS) sind Organisationen oder Einrichtungen mit wichtiger Bedeutung für das staatliche Gemeinwesen, bei deren Ausfall oder Beeinträchtigung nachhaltig wirkende Versorgungsengpässe, erhebliche Störungen der öffentlichen Sicherheit oder andere dramatische Folgen eintreten würden.«

Eben diese Gefahr sieht der BMI-Beamte durch die von den politischen Entscheidungen verursachten Folgeschäden. Das Urteil seiner Analyse ist mehr als ein »Armutszeugnis« für die Politik. Es bestätigt die zahlreichen kritischen Fragen, Zweifel und Aussagen von Experten aus verschiedenen Bereichen zu den vermeintlichen Schutzmaßnahmen. Dazu gehört: »Der Kollateralschaden ist inzwischen höher als der erkennbare Nutzen.« Das belege bereits »ein Vergleich von bisherigen Todesfällen durch den Virus mit Todesfällen durch die staatlich verfügten Schutzmaßnahmen (beides ohne sichere Datenbasis)«.

Es handele sich um einen »Fehlalarm«, stellt der Autor mit Blick auf die Corona-Krise fest. Er begründet das unter anderem damit, dass die gesundheitlichen Auswirkungen von Covid-19 auf die Gesamtgesellschaft nicht das angekündigte bedrohliche Ausmaß erreicht haben. »Durch den neuen Virus bestand vermutlich zu keinem Zeitpunkt eine über das Normalmaß hinausgehende Gefahr für die Bevölkerung«, schreibt er.

FEHLALARM

Die Gefährlichkeit von Covid-19 sei überschätzt worden, so eine seiner Grundaussagen. Die begründet er unter anderem mit dem Hinweis auf die Zahl von weltweit etwa 250.000 sogenannter Corona-Toten (Stand 7.5.2020) — weit unterhalb der 1,5 Millionen Toten während der Influenza-Welle 2017/18. »Die Gefahr ist offenkundig nicht größer als die vieler anderer Viren. Wir haben es aller Voraussicht nach mit einem über längere Zeit unerkannt gebliebenen globalen Fehlalarm zu tun.«

Aus Sicht des Autors blieb »der mutmaßliche Fehlalarm über Wochen unentdeckt«, weil die Instrumente für den Krisenstab und das Krisenmanagement es nicht ermöglichen, diese Entwicklung zu erfassen. So sei kein Alarm und kein sofortiger Abbruch von Anti-Corona-Maßnahmen eingeleitet worden, obwohl »abzusehen ist, dass die Kollateralschäden — und darunter insbesondere die Menschenleben vernichtenden Anteile — größer zu werden drohen, als das gesundheitliche und insbesondere das tödliche Potential der betrachteten Erkrankung ausmacht.«

Zu den Ursachen zählt der BMI-Beamte, dass in den letzten Jahren für das Krisenmanagement keine entsprechend notwendigen Instrumente zur Gefahrenanalyse und -bewertung aufgebaut worden seien. »Die Lageberichte, in denen alle entscheidungsrelevanten Informationen zusammengefasst werden müssten, behandeln in der laufenden Krise bis heute nur einen kleinen Ausschnitt des drohenden Gefahrenspektrums. Auf der Basis unvollständiger und ungeeigneter Informationen in den Lagebildern ist eine Gefahreneinschätzung grundsätzlich nicht möglich. Ohne korrekt erhobene Gefahreneinschätzung kann es keine angemessene und wirksame Maßnahmenplanung geben.« Aufgrund dessen habe die Politik nur eine »stark reduzierte Chance« gehabt, die sachlich richtigen Entscheidungen zu treffen.

»Der (völlig zweckfreie) Kollateralschaden der Coronakrise ist zwischenzeitlich gigantisch«, stellt er fest. »Ein großer Teil dieses Schadens wird sich sogar erst in der näheren und ferneren Zukunft manifestieren. Dies kann nicht mehr verhindert, sondern nur noch begrenzt werden.« Der Fachbeamte warnt, dass in Folge der Maßnahmen bei den kritischen Infrastrukturen die Versorgungssicherheit nicht mehr gewährleistet sei. — Diese Strukturen bilden nach seinen Aussagen ein hochkomplexes System, dessen Widerstandsfähigkeit (Resilienz) geschwächt worden sei. Zu den Folgen gehöre eine »gestiegene Verletzlichkeit und höhere Ausfallrisiken von lebenswichtigen Infrastrukturen«. Das könne fatale Folgen haben, falls »eine wirklich gefährliche Pandemie oder eine andere Bedrohung eintreten würde«.

STAATLICHE FAKE-NEWS

Immer noch seien die staatlich angeordneten Schutzmaßnahmen und die sie begleitenden gesellschaftlichen Aktivitäten größtenteils in Kraft, so der Autor am 7. Mai. Dabei hätten diese Maßnahmen massive Kollateralschäden hervorgerufen und »inzwischen jeden Sinn verloren«. Der BMI-Beamte empfiehlt dringend, »sie kurzfristig vollständig aufzuheben, um Schaden von der Bevölkerung abzuwenden — insbesondere unnötige zusätzliche Todesfälle —, und um die möglicherweise prekär werdende Lage bei den Kritischen Infrastrukturen zu stabilisieren.« Letzteres zeige sich in letzter Zeit bereits insbesondere bei der Trinkwasserversorgung in der Bundesrepublik, wie er in seiner Analyse feststellt.

Der Autor warnt außerdem: »Die Defizite und Fehlleistungen im Krisenmanagement haben in der Konsequenz zu einer Vermittlung von nicht stichhaltigen Informationen geführt und damit eine Desinformation der Bevölkerung ausgelöst.« Deshalb könne ein Vorwurf lauten: »Der Staat hat sich in der Coronakrise als einer der größten Fake-News-Produzenten erwiesen.« Ein Beispiel dafür lieferte Bundesgesundheitsminister Jens Spahn (CDU) im März. Wenige Tage vor den beschlossenen massiven Einschränkungen des öffentlichen Lebens am 16. März ließ er via Twitter erklären, dafür gebe es keine Pläne. Danach gab Spahn in einer ZDF-Sendung zu, dass dieser Schritt längst vorher von der Bundesregierung vorbereitet worden war.

Der Beamte aus dem Innenministerium stellt fest, die Eingriffe unter anderem in die Rechte der Bürger seien nicht verhältnismäßig, »da staatlicherseits keine angemessene Abwägung mit den Folgen durchgeführt wurde«. Zudem fordert er, dass die Lageberichte des Krisenstabes aus Bundesinnenministerium und Bundesgesundheitsministerium eine »angemessene Gefahrenanalyse und -bewertung vornehmen« müssen, was bisher nicht der Fall sei. Dazu gehöre, aussagekräftige Daten über die Kollateralschäden der Maßnahmen zu erfassen. Die Berichte sollen außerdem von »von überflüssigen Daten und Informationen, die für die Gefahrenbewertung nicht erforderlich sind, weil sie die Übersicht erschweren«, befreit werden. Als Quelle solcher »überflüssigen Daten« nennt der Beamte in seiner 83-seitigen Analyse mehrfach das Robert-Koch-Institut (RKI). | **Den vollständigen Originaltext weiterlesen: rubikon.news/artikel/gefahr-im-verzug**

Die Kanzlerin hat abgedankt!

Eine physikalisch präzis abgegrenzte Betrachtung

Von Anne Höhne (Text & Illustration)

Am vergangenem Samstag, den 9. Mai, verlebten wir einen höchst denkwürdigen, wie auch geschichtsträchtigen Tag auf der Straße. Es war der Tag unserer Befreiung!

Während sich die oppositionelle Bewegung im gesamten Bundesgebiet ihrer revolutionären Kraft bewusst wurde, gaben verschiedenste Gazetten unbemerkt ganz Unerhörtes (und Unverstandenes) bekannt. Die Kanzlerin hat abgedankt!

Die Titelbilder sämtlicher Zeitungen waren mit einem Bild unserer ehemaligen Bundeskanzlerin geschmückt, die vor der Neuen Wache Blumen niederlegte.

Gerade im Frühling scheint dies kein ungewöhnliches Ereignis zu sein. Dennoch ist es aus zweierlei Gründen relevant. Einerseits muss dieser Moment für Frau Dr. Merkel und Kollegium ein höchst emotionales Unterfangen gewesen sein.

In Gedenken an die Schandtaten des Zweiten Weltkriegs müssen sich alle Beteiligten sehr stark ihrer eigenen Handlungen und Unterlassungen der letzten Jahre geschämt haben. Ich fühle mit ihnen!

Zum anderen hatte die ganze Veranstaltung einen eher symbolischen Charakter.

So kann das Niederlegen der Blumenkränze in diesen Zeiten doch für nichts anderes, als das Niederlegen sämtlicher Ämter und Befugnisse stehen. Danke!

Jetzt, da Schrödingers Katze erst einmal aus dem Sack gelassen wurde, stellen sich uns zwei entscheidende Fragen.Erstens: Was können wir aus den letzten Jahren mit Frau Dr. Merkel lernen? Und zweitens: Was tun wir jetzt?

Die Beantwortung der zweiten Frage obliegt allein unserer demokratischen Bürgerschaft im Gesamten.

Was zu lernen sei, lässt sich dennoch herausarbeiten. Ich persönlich kann sehr Vieles aus der unschlagbaren Rhetorik unserer ehemaligen Bundeskanzlerin schöpfen.

Sie hinterlässt ein riesiges Repertoire an Banalitäten und Phrasen. Statt vieler Ähms und langer Pausen, kann ich nun auf Antworten zurückgreifen, die absolut jeder Frage zugeschnitten zu sein scheinen. Sprechen ohne was zu sagen. Danke dafür!

Auch ihr physikalischer Blick auf Politik, der leider nie kommuniziert wurde, kann uns zum besseren Verständnis verhelfen. Betrachten wir hierfür die Newton'schen Gesetze, die uns aus der Schule bekannt sein sollten, um unseren demokratischen Widerstand besser zu verstehen.

Das erste Gesetz besagt, dass ein kräftefreier Körper in Ruhe bleibt oder sich geradlinig mit konstanter Geschwindigkeit bewegt. Das ist einfach zu verstehen — wir konnten es in den letzten Jahren gut beobachten. Ein schlaffes, politisches System, ein träger Körper, dem keine äußere Kraft entgegengesetzt wird, harrt in stoischer Ruhe aus. Wenn nun jener politische Körper bewegt werden soll, muss eine Kraft auf diesen einwirken.

Nach dem zweiten Newton'schen Gesetz entspricht die Kraft dem Produkt aus Masse und Beschleunigung. Bezieht man das auf uns, die oppositionelle Bewegung, so errechnet sich unsere Kraft ebenfalls als Produkt aus Masse und Beschleunigung.

Die Masse entspricht der quantitativen Stärke der Bewegung. Je mehr Menschen auf die Straße gehen, desto größer ist die Masse und desto größer ist die Kraft, die auf den trägen, politischen Körper wirkt.

Unter der Beschleunigung kann man die qualitative Stärke der Bewegung verstehen. In diesem Zusammenhang entspricht dies also unserem Gedankengut, unseren Handlungen und Forderungen.

Physikalisch besitzt jede Beschleunigung eine Richtung, die ihrerseits der Kraft die Richtung vorgibt. Damit eine Kraft also in eine bestimmte Richtung wirkt, muss die Richtung der Beschleunigung betrachtet werden.

Wird ein Teil der Masse in die eine Richtung beschleunigt und ein gleicher Teil der Masse in die Entgegengesetzte, findet eine Aufhebung statt.

Gerade jetzt, da die oppositionelle Bewegung soweit vorangeschritten ist, wird von einer drohenden Spaltung und Unterwanderung gesprochen. Ich sehe diese Gefahr nicht und postuliere das Gegenteil. Es bedarf eines Zusammenhalts und einer zielgerichteten Ausrichtung der Beschleunigung, also unserer qualitativen Stärke: den Gedanken, Glaubenssätzen, den liberalen und demokratischen Zielen der Masse. Dies erreichen wir nur durch Fokussierung der Gemeinsamkeiten.

Physikalisch besteht also keinerlei Gefahr der Spaltung durch wenige Provokateure und radikales Gedankengut, sofern die große Masse ihre gemeinsame Richtung beibehält, also für das Grundgesetz und die Aushandlung neuer Wirtschaftsregelungen einsteht. Die handvoll Leute, die auf diese Bewegung von unterschiedlichen Richtungen einwirken, werden scheitern. Versprochen.

Nun zum dritten Newton'schen Gesetz: Kraft gleich Gegenkraft. Wenn die Kraft des opponierenden Volkes auf den trägen, politischen Körper wirkt, so wirkt immer auch eine gleich große Kraft vom politischen Körper auf den oppositionellen Widerstand. Da sich diese Gegenkraft wieder aus Masse und Beschleunigung produziert, und da die große Masse auf unserer Seite steht, führt es zu einer erhöhten Beschleunigung auf Seiten des bestehenden politischen Körpers. Dies schlägt sich im stark repressiv-gewaltbereiten Verhalten der Exekutiven, in der medialen Diffamierung, einer überzogenen Paniksymphonie und nicht zuletzt in vollkommener Gleichschaltung der Medien und Politik, also dem Angleichen der Bewegungsrichtung nieder.

Somit ist klar, dass bis zum vollkommenen Auflösen des bestehenden politisch-wirtschaftlichen Körpers, dem die große Masse längst entglitten ist, die Beschleunigung, in diesem Falle also die Radikalität der Handlungen und die immer stärkere Gleichschaltung der medialen Berichterstattung seinen Gipfel finden wird. Treten wir dem mit Mut und Friedfertigkeit entgegen. Je lauter der Gegenwind, desto geringer ist dessen Masse. Möge die Macht mit dir sein!

***Anne Höhne** ist Physikerin und Philosophin. Die angehende Lehrerin ist Redakteurin dieser Zeitung.*





»Die Kanzlerin hat abgedankt. Sie und ihre Freunde sind verschwunden. Über sie alle hat das Volk auf ganzer Linie gesiegt. Die oppositionelle Bewegung darf nicht gestört werden in ihrer Arbeit für den Frieden und den Erhalt des Grundgesetzes! Demonstrantinnen und Demonstranten, seid euch der geschichtlichen Bedeutung dieses Tages bewusst! Unerhörtes ist geschehen! Große und unübersehbare Arbeit steht uns bevor! Ein neues Wirtschaftssystem gilt es nun auszuhandeln, eine neue Sprache zu etablieren, neue Wege des Miteinanders zu entdecken! Es lebe das Neue! Es lebe die Angelegenheit der Öffentlichkeit! Es lebe die Republik!«

ES SPRICHT: EINE WIRRKÖPFIN UND SPINNERIN

Replik an die die Redakteure und Journalisten der versumpften deutschen Medienlandschaft

Von Dr. Tamara Ganjalyan, Gießen

Bis vor wenigen Wochen lebte ich mit meinem Kind ein insgesamt sehr ruhiges und beschauliches Leben. Ich war davon überzeugt, in einem freien, demokratischen Rechtsstaat zu leben und war dem Zufall oder dem Schicksal unendlich dankbar dafür, dass meine Tochter in einer im Wesentlichen freien, sicheren und gerechten Umgebung aufwachsen darf.

Sie sollte zu einer selbstverantwortlichen, mündigen und nicht bevormundeten Bürgerin heranwachsen, die ungehinderten Zugang hätte zu unterschiedlichsten, auch einander widersprechenden Meinungen und Informationen, die lernen würde, das eine von dem anderen zu unterscheiden und der es frei stehen, ja, die sogar gefordert wäre, sich darauf basierend ihre eigene Meinung zu bilden.

Ich dachte, wir lebten in einem Land, in dem Presse- und Meinungsfreiheit gewährleistet sei, in dem es nicht nur erlaubt, sondern sogar erwünscht wäre, verschiedene und divergierende Expertisen und Einschätzungen mehrerer Fachleute zu Rate zu ziehen, ehe gravierende politische Entscheidungen von nationaler Tragweite beschlossen und über Monate hinweg aufrechterhalten werden, Entscheidungen, die unser aller Leben – nicht zuletzt das der jungen Generation, auf welcher unsere Zukunft ruht – massiv berühren und wohl noch über Jahre hinweg berühren werden.

Und ich glaubte daran, dass die Presse, die Tages- und Wochenzeitungen, das Fernsehen und Radio der durch Gebühren von uns allen zwangsfinanzierten öffentlich-rechtlichen Medien, uns, die Finanzierenden, fair und ausgewogen informieren würden.

Mittlerweile habe ich meine Naivität erkannt, und fast möchte ich sagen: Ich schäme mich dafür. Was ich in den vergangenen Wochen las und hörte, sei es auf den Seiten der Tagesschau, des Spiegels, der Welt, der Frankfurter Allgemeinen, der taz oder einer Regionalzeitung wie der Oberhessischen Presse, hat nichts mehr mit objektiver Berichterstattung, nichts mit dem Für und Wider öffentlicher Debattenkultur, nichts mit investigativem Journalismus zu tun. Nein, es ist ein trauriger Abgesang auf eine politisch unabhängige Presse, auf eine vierte Macht im Staate, die dazu aufgerufen war, Macht und Handeln der jeweils Regierenden zu kontrollieren und stets und unaufhörlich kritisch zu hinterfragen. Was Sie, sehr geehrte Vertreter der Presse und des Rundfunks in der Bundesrepublik Deutschland, in den vergangenen etwa zwei Monaten stattdessen geleistet haben, ist eine mediale Befeuerung und Ausschlachtung kollektiver Ängste, eine weitgehend kritiklose Gehorsamsbezeugung gegenüber der Bundesregierung und eine verbale Hetze, Diffamierung und Beleidigung aller Menschen, die es wagen, wie auch immer geartete Kritik an den Äußerungen von Bundeskanzlerin Merkel, Gesundheitsminister Spahn und deren wissenschaftlichen Beratern (soweit ich sehe, zwei an der Zahl) vorzubringen.

Die Bundesrepublik Deutschland versteht sich als demokratischer Rechtsstaat. Diese demokratische Rechtsordnung fußt nicht zuletzt auf dem Grundgesetz. Das Grundgesetz garantiert unter anderem die Glaubens- und Gewissensfreiheit (Art. 4), die Freiheit der Meinung, Kunst und Wissenschaft (Art. 5), die Versammlungsfreiheit (Art. 8), die Freizügigkeit (Art. 11) und das Petitionsrecht (Art. 17). Und vor allem und vor allen anderen Rechten garantiert es:

»Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt.«

Seit bald zwei Monaten gehen Menschen in diesem Land auf die Straße, um für den Erhalt eben dieser freiheitlichen und demokratischen Grundrechte einzustehen. Sie machen von ihrem verfassungsgemäßen Recht und von ihrer ethischen Pflicht Gebrauch, diese freiheitlich-demokratische Grundordnung der Bundesrepublik Deutschland gegen Schlechteres zu verteidigen. darauf!

Sie zeigen ihr Gesicht und erheben ihre Stimme, wie es das Recht eines jeden mündigen Bürgers ist, der für Freiheit und Rechtsstaatlichkeit für sich selbst, für seine Kinder und für alle Menschen in diesem Land demonstriert. Friedliche Demonstrationen und freie Meinungsäußerung sind stets ein Zeichen einer funktionierenden, demokratischen Zivilgesellschaft. Sie sind ein Zeichen, das uns Hoffnung geben sollte. Ein Zeichen, das uns signalisiert: Es sind Menschen da draußen, die unsere politischen und gesellschaftlichen Errungenschaften seit 1945 schützen wollen, die aufstehen gegen ihre kollektive Entmündigung und gegen jede Form von Totalitarismus, unter welchen Vorzeichen und mit welchen gut gemeinten Argumenten er auch immer daherkommen mag.

Diese Demonstrationen und die wachsende Zahl derer, die auf die Straße gehen, machen mir Hoffnung. Sie lassen mich hoffen, dass auch meine Tochter frei und mündig wird aufwachsen können. Und sie sollten auch Ihnen Hoffnung machen.

Stattdessen überziehen Sie diese Menschen – Ihre Nachbarin, Ihren Arbeitskollegen, Ihren Hausarzt, die Lehrerin Ihrer Kinder, den Betreiber Ihrer Lieblingskneipe, Ihre ehemalige Uni-Professorin, den Verkäufer aus dem Buchladen nebenan, die Rentnerin, den Studenten – mit Begriffen wie »Verschwörungstheoretiker, Coronarebellen, Wutbürger, Rechtsextreme, Linksextreme, Wirrköpfe und Spinner«.

Wenn ein Verschwörungstheoretiker jemand ist, der weiß, dass es zu jedem Thema auf dieser Welt immer mehr als nur eine Meinung gibt, und der sich verschiedene Meinungen zum Thema unvoreingenommen anhört, um sich im Anschluss seine eigene Meinung bilden zu können – ja, dann bin ich ein Verschwörungstheoretiker!

Wenn ein Coronarebell jemand ist, der unterschiedliche nationale wie internationale für jedermann frei zugängliche wissenschaftliche Studien zum Thema SARS-CoV-2 und COVID-19 recherchieren und lesen kann – ja, dann bin ein Coronarebell!

Wenn ein Wutbürger jemand ist, der nicht jede Entscheidung der Regierung für gut und richtig befindet, nur weil es eine Entscheidung der Regierung ist – ja, dann bin ich ein Wutbürger!

Wenn es rechtsextrem ist, gemeinsam mit allen Menschen, die für Freiheit, Bürgerrechte, Demokratie und Frieden auf die Straße gehen, zu demonstrieren, völlig unabhängig von ihrer Herkunft, Nationalität, Religion oder Hautfarbe – ja, dann bin ich rechtsextrem!

Wenn es linksextrem ist, eine freie und faire Berichterstattung in allen Medien, insbesondere aber in den öffentlich-rechtlichen Medien, die wir alle finanzieren, zu fordern, eine Berichtserstattung, die MIT den Menschen spricht, anstatt nur ÜBER sie zu sprechen, wenn das linksextrem ist – ja, dann bin ich linksextrem!

Wenn es wirr ist, sich wieder – so wie es bisher war – frei bewegen, leben und reisen zu wollen, ohne Immunitätsausweis, ohne indirekten oder direkten Zwang zu irgendeiner Medikation, ohne Tracking-Apps und andere Überwachungsmaßnahmen, wenn das wirr ist – ja, dann bin ich ein Wirrkopf, eine Wirrköpfin!

Wenn ein Spinner ist, wer seinen Kindern und allen Kindern in diesem Land eine Zukunft wünscht, die nicht von Angst, Panik und Misstrauen geprägt ist, nicht von Social Distancing, sozialer Entfremdung und aufoktroyierten Zwängen, wo normales, menschliches Leben nicht kontrolliert, denunziert und bestraft wird, sondern eine Zukunft, in der die Menschen wieder zueinander finden, miteinander reden, sich in den Arm nehmen und miteinander feiern dürfen, eine Zukunft, in der Enkel ihre Großeltern besuchen und wir uns von unseren Sterbenden in Würde und Liebe verabschieden dürfen, eine Zukunft, in der Menschen ohne Masken einander zulächeln und Zuversicht geben, dass wir zusammenhalten als eine große Menschheitsfamilie

Wenn das Spinnereien sind, ja, dann bin ich eine Spinnerin! Und ich bin stolz darauf.

»1. UNSER GRÖSSTER SIEG WIRD DAS ZURÜCKERLANGEN UNSERER LIBERALEN FREIHEITSRECHTE SEIN!
2. SOLLTE DIE REGIERUNG SIE FREIWILLIG ZURÜCKGEBEN, WERDEN WIR RICHTIG GEHANDELT HABEN.
3. SOLLTE DIE REGIERUNG SICH JEDOCH DAUERHAFT ZU EINEM TOTALITÄREN REGIME WANDELN – DANN WERDEN WIR UMSO MEHR GEBRAUCHT WORDEN SEIN!«



Die Redaktion & die HerausgeberInnen — Kommunikationsstelle Demokratischer Widerstand

GRUNDGESETZ FÜR DIE BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND

Die ersten 20 Artikel unserer liberalen Verfassung. Das Grundgesetz steht über der Regierung. Wenn eine Regierung die Verfassung bricht, haben die Menschen das Recht zum Widerstand. Artikel 1 und Artikel 20 sind zusätzlich durch die Ewigkeitsklausel geschützt. Unsere unabschaffbaren Grundrechte:

Artikel 1
(1) Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt.
(2) Das Deutsche Volk bekennt sich darum zu unverletzlichen und unveräußerlichen Menschenrechten als Grundlage jeder menschlichen Gemeinschaft, des Friedens und der Gerechtigkeit in der Welt.
(3) Die nachfolgenden Grundrechte binden Gesetzgebung, vollziehende Gewalt und Rechtsprechung als unmittelbar geltendes Recht.

Artikel 2
(1) Jeder hat das Recht auf die freie Entfaltung seiner Persönlichkeit, soweit er nicht die Rechte anderer verletzt und nicht gegen die verfassungsmäßige Ordnung oder das Sittengesetz verstößt.
(2) Jeder hat das Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit. Die Freiheit der Person ist unverletzlich. In diese Rechte darf nur auf Grund eines Gesetzes eingegriffen werden.

Artikel 3
(1) Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich.
(2) Männer und Frauen sind gleichberechtigt. Der Staat fördert die tatsächliche Durchsetzung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern und wirkt auf die Beseitigung bestehender Nachteile hin.
(3) Niemand darf wegen seines Geschlechtes, seiner Abstammung, seiner Rasse, seiner Sprache, seiner Heimat und Herkunft, seines Glaubens, seiner religiösen oder politischen Anschauungen benachteiligt oder bevorzugt werden. Niemand darf wegen seiner Behinderung benachteiligt werden.

Artikel 4
(1) Die Freiheit des Glaubens, des Gewissens und die Freiheit des religiösen und weltanschaulichen Bekenntnisses sind unverletzlich.
(2) Die ungestörte Religionsausübung wird gewährleistet.
(3) Niemand darf gegen sein Gewissen zum Kriegsdienst mit der Waffe gezwungen werden. Das Nähere regelt ein Bundesgesetz.

Artikel 5
(1) Jeder hat das Recht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten und sich aus allgemein zugänglichen Quellen ungehindert zu unterrichten. Die Pressefreiheit und die Freiheit der Berichterstattung durch Rundfunk und Film werden gewährleistet. Eine Zensur findet nicht statt.
(2) Diese Rechte finden ihre Schranken in den Vorschriften der allgemeinen Gesetze, den gesetzlichen Bestimmungen zum Schutze der Jugend und in dem Recht der persönlichen Ehre.
(3) Kunst und Wissenschaft, Forschung und Lehre sind frei. Die Freiheit der Lehre entbindet nicht von der Treue zur Verfassung.

Artikel 6
(1) Ehe und Familie stehen unter dem besonderen Schutze der staatlichen Ordnung.
(2) Pflege und Erziehung der Kinder sind das natürliche Recht der Eltern und die zuvörderst ihnen obliegende Pflicht. Über ihre Betätigung wacht die staatliche Gemeinschaft.
(3) Gegen den Willen der Erziehungsberechtigten dürfen Kinder nur auf Grund eines Gesetzes von der Familie getrennt werden, wenn die Erziehungsberechtigten versagen oder wenn die Kinder aus anderen Gründen zu verwahrlosen drohen.
(4) Jede Mutter hat Anspruch auf den Schutz und die Fürsorge der Gemeinschaft.
(5) Den unehelichen Kindern sind durch die Gesetzgebung die gleichen Bedingungen für ihre leibliche und seelische Entwicklung und ihre Stellung in der Gesellschaft zu schaffen wie den ehelichen Kindern.

Artikel 7
(1) Das gesamte Schulwesen steht unter der Aufsicht des Staates.
(2) Die Erziehungsberechtigten haben das Recht, über die Teilnahme des Kindes am Religionsunterricht zu bestimmen.
(3) Der Religionsunterricht ist in den öffentlichen Schulen mit Ausnahme der bekenntnisfreien Schulen ordentliches Lehrfach. Unbeschadet des staatlichen Aufsichtsrechtes wird der Religionsunterricht in Übereinstimmung mit den Grundsätzen der Religionsgemeinschaften erteilt. Kein Lehrer darf gegen seinen Willen verpflichtet werden, Religionsunterricht zu erteilen.
(4) Das Recht zur Errichtung von privaten Schulen wird gewährleistet. Private Schulen als Ersatz für öffentliche Schulen bedürfen der Genehmigung des Staates und unterstehen den Landesgesetzen. Die Genehmigung ist zu erteilen, wenn die privaten Schulen in ihren Lehrzielen und Einrichtungen sowie in der wissenschaftlichen Ausbildung ihrer Lehrkräfte nicht hinter den öffentlichen Schulen zurückstehen und eine Sonderung der Schüler nach den Besitzverhältnissen der Eltern nicht gefördert wird. Die Genehmigung ist zu versagen, wenn die wirtschaftliche und rechtliche Stellung der Lehrkräfte nicht genügend gesichert ist.
(5) Eine private Volksschule ist nur zuzulassen, wenn die Unterrichtsverwaltung ein besonderes pädagogisches Interesse anerkennt oder, auf Antrag von Erziehungsberechtigten, wenn sie als Gemeinschaftsschule, als Bekenntnis- oder Weltanschauungsschule errichtet werden soll und eine öffentliche Volksschule dieser Art in der Gemeinde nicht besteht.
(6) Vorschulen bleiben aufgehoben.

Artikel 8
(1) Alle Deutschen haben das Recht, sich ohne Anmeldung oder Erlaubnis friedlich und ohne Waffen zu versammeln.
(2) Für Versammlungen unter freiem Himmel kann dieses Recht durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes beschränkt werden.

Artikel 9
(1) Alle Deutschen haben das Recht, Vereine und Gesellschaften zu bilden.
(2) Vereinigungen, deren Zwecke oder deren Tätigkeit den Strafgesetzen zuwiderlaufen oder die sich gegen die verfassungsmäßige Ordnung oder gegen den Gedanken der Völkerverständigung richten, sind verboten.
(3) Das Recht, zur Wahrung und Förderung der Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen Vereinigungen zu bilden, ist für jedermann und für alle Berufe gewährleistet. Abreden, die dieses Recht einschränken oder zu behindern suchen, sind nichtig, hierauf gerichtete Maßnahmen sind rechtswidrig. Maßnahmen nach den Artikeln 12a, 35 Abs. 2 und 3, Artikel 87a Abs. 4 und Artikel 91 dürfen sich nicht gegen Arbeitskämpfe richten, die zur Wahrung und Förderung der Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen von Vereinigungen im Sinne des Satzes 1 geführt werden.

Artikel 10
(1) Das Briefgeheimnis sowie das Post- und Fernmeldegeheimnis sind unverletzlich.
(2) Beschränkungen dürfen nur auf Grund eines Gesetzes angeordnet werden. Dient die Beschränkung dem Schutze der freiheitlichen demokratischen Grundordnung oder des Bestandes oder der Sicherung des Bundes oder eines Landes, so kann das Gesetz bestimmen, daß sie dem Betroffenen nicht mitgeteilt wird und daß an die Stelle des Rechtsweges die Nachprüfung durch von der Volksvertretung bestellte Organe und Hilfsorgane tritt.

Artikel 11
(1) Alle Deutschen genießen Freizügigkeit im ganzen Bundesgebiet.
(2) Dieses Recht darf nur durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes und nur für die Fälle eingeschränkt werden, in denen eine ausreichende Lebensgrundlage nicht vorhanden ist und der Allgemeinheit daraus besondere Lasten entstehen würden oder in denen es zur Abwehr einer drohenden Gefahr für den Bestand oder die freiheitliche demokratische Grundordnung des Bundes oder eines Landes, zur Bekämpfung von Seuchengefahr, Naturkatastrophen oder besonders schweren Unglücksfällen, zum Schutze der Jugend vor Verwahrlosung oder um strafbaren Handlungen vorzubeugen, erforderlich ist.

Artikel 12
(1) Alle Deutschen haben das Recht, Beruf, Arbeitsplatz und Ausbildungsstätte frei zu wählen. Die Berufsausübung kann durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes geregelt werden.
(2) Niemand darf zu einer bestimmten Arbeit gezwungen werden, außer im Rahmen einer herkömmlichen allgemeinen, für alle gleichen öffentlichen Dienstleistungspflicht.
(3) Zwangsarbeit ist nur bei einer gerichtlich angeordneten Freiheitsentziehung zulässig.

Artikel 12a
(1) Männer können vom vollendeten achtzehnten Lebensjahr an zum Dienst in den Streitkräften, im Bundesgrenzschutz oder in einem Zivilschutzverband verpflichtet werden.
(2) Wer aus Gewissensgründen den Kriegsdienst mit der Waffe verweigert, kann zu einem Ersatzdienst verpflichtet werden. Die Dauer des Ersatzdienstes darf die Dauer des Wehrdienstes nicht übersteigen. Das Nähere regelt ein Gesetz, das die Freiheit der Gewissensentscheidung nicht beeinträchtigen darf und auch eine Möglichkeit des Ersatzdienstes vorsehen muß, die in keinem Zusammenhang mit den Verbänden der Streitkräfte und des Bundesgrenzschutzes steht.
(3) Wehrpflichtige, die nicht zu einem Dienst nach Absatz 1 oder 2 herangezogen sind, können im Verteidigungsfalle durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes zu zivilen Dienstleistungen für Zwecke der Verteidigung einschließlich des Schutzes der Zivilbevölkerung in Arbeitsverhältnisse verpflichtet werden; Verpflichtungen in öffentlich-rechtliche Dienstverhältnisse sind nur zur Wahrnehmung polizeilicher Aufgaben oder solcher hoheitlichen Aufgaben der öffentlichen Verwaltung, die nur in einem öffentlich-rechtlichen Dienstverhältnis erfüllt werden können, zulässig. Arbeitsverhältnisse nach Satz 1 können bei den Streitkräften, im Bereich ihrer Versorgung sowie bei der öffentlichen Verwaltung begründet werden; Verpflichtungen in Arbeitsverhältnisse im Bereiche der Versorgung der Zivilbevölkerung sind nur zulässig, um ihren lebensnotwendigen Bedarf zu decken oder ihren Schutz sicherzustellen.
(4) Kann im Verteidigungsfalle der Bedarf an zivilen Dienstleistungen im zivilen Sanitäts- und Heilwesen sowie in der ortsfesten militärischen Lazarettorganisation nicht auf freiwilliger Grundlage gedeckt werden, so können Frauen vom vollendeten achtzehnten bis zum vollendeten fünfundfünfzigsten Lebensjahr durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes zu derartigen Dienstleistungen herangezogen werden. Sie dürfen auf keinen Fall zum Dienst mit der Waffe verpflichtet werden.
(5) Für die Zeit vor dem Verteidigungsfalle können Verpflichtungen nach Absatz 3 nur nach Maßgabe des Artikels 80a Abs. 1 begründet werden. Zur Vorbereitung auf Dienstleistungen nach Absatz 3, für die besondere Kenntnisse oder Fertigkeiten erforderlich sind, kann durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes die Teilnahme an Ausbildungsveranstaltungen zur Pflicht gemacht werden. Satz 1 findet insoweit keine Anwendung.
(6) Kann im Verteidigungsfalle der Bedarf an Arbeitskräften für die in Absatz 3 Satz 2 genannten Bereiche auf freiwilliger Grundlage nicht gedeckt werden, so kann zur Sicherung dieses Bedarfs die Freiheit der Deutschen, die Ausübung eines Berufs oder den Arbeitsplatz aufzugeben, durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes eingeschränkt werden. Vor Eintritt des Verteidigungsfalles gilt Absatz 5 Satz 1 entsprechend.

Artikel 13
(1) Die Wohnung ist unverletzlich.
(2) Durchsuchungen dürfen nur durch den Richter, bei Gefahr im Verzuge auch durch die in den Gesetzen vorgesehenen anderen Organe angeordnet und nur in der dort vorgeschriebenen Form durchgeführt werden.
(3) Begründen bestimmte Tatsachen den Verdacht, daß jemand eine durch Gesetz einzeln bestimmte besonders schwere Straftat begangen hat, so dürfen zur Verfolgung der Tat auf Grund richterlicher Anordnung technische Mittel zur akustischen Überwachung von Wohnungen, in denen der Beschuldigte sich vermutlich aufhält, eingesetzt werden, wenn die Erforschung des Sachverhalts auf andere Weise unverhältnismäßig erschwert oder aussichtslos wäre. Die Maßnahme ist zu befristen. Die Anordnung erfolgt durch einen mit drei Richtern besetzten Spruchkörper. Bei Gefahr im Verzuge kann sie auch durch einen einzelnen Richter getroffen werden.
(4) Zur Abwehr dringender Gefahren für die öffentliche Sicherheit, insbesondere einer gemeinen Gefahr oder einer Lebensgefahr, dürfen technische Mittel zur Überwachung von Wohnungen nur auf Grund richterlicher Anordnung eingesetzt werden. Bei Gefahr im Verzuge kann die Maßnahme auch durch eine andere gesetzlich bestimmte Stelle angeordnet werden; eine richterliche Entscheidung ist unverzüglich nachzuholen.
(5) Sind technische Mittel ausschließlich zum Schutze der bei einem Einsatz in Wohnungen tätigen Personen vorgesehen, kann die Maßnahme durch eine gesetzlich bestimmte Stelle angeordnet werden. Eine anderweitige Verwertung der hierbei erlangten Erkenntnisse ist nur zum Zwecke der Strafverfolgung oder der Gefahrenabwehr und nur zulässig, wenn zuvor die Rechtmäßigkeit der Maßnahme richterlich festgestellt ist; bei Gefahr im Verzuge ist die richterliche Entscheidung unverzüglich nachzuholen.
(6) Die Bundesregierung unterrichtet den Bundestag jährlich über den nach Absatz 3 sowie über den im Zuständigkeitsbereich des Bundes nach Absatz 4 und, soweit richterlich überprüfungsbedürftig, nach Absatz 5 erfolgten Einsatz technischer Mittel. Ein vom Bundestag gewähltes Gremium übt auf der Grundlage dieses Berichts die parlamentarische Kontrolle aus. Die Länder gewährleisten eine gleichwertige parlamentarische Kontrolle.
(7) Eingriffe und Beschränkungen dürfen im übrigen nur zur Abwehr einer gemeinen Gefahr oder einer Lebensgefahr für einzelne Personen, auf Grund eines Gesetzes auch zur Verhütung dringender Gefahren für die öffentliche Sicherheit und Ordnung, insbesondere zur Behebung der Raumnot, zur Bekämpfung von Seuchengefahr oder zum Schutze gefährdeter Jugendlicher vorgenommen werden.

Artikel 14
(1) Das Eigentum und das Erbrecht werden gewährleistet. Inhalt und Schranken werden durch die Gesetze bestimmt.
(2) Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen.
(3) Eine Enteignung ist nur zum Wohle der Allgemeinheit zulässig. Sie darf nur durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes erfolgen, das Art und Ausmaß der Entschädigung regelt. Die Entschädigung ist unter gerechter Abwägung der Interessen der Allgemeinheit und der Beteiligten zu bestimmen. Wegen der Höhe der Entschädigung steht im Streitfalle der Rechtsweg vor den ordentlichen Gerichten offen.

Artikel 15
Grund und Boden, Naturschätze und Produktionsmittel können zum Zwecke der Vergesellschaftung durch ein Gesetz, das Art und Ausmaß der Entschädigung regelt, in Gemeineigentum oder in andere Formen der Gemeinwirtschaft überführt werden. Für die Entschädigung gilt Artikel 14 Abs. 3 Satz 3 und 4 entsprechend.

Artikel 16
(1) Die deutsche Staatsangehörigkeit darf nicht entzogen werden. Der Verlust der Staatsangehörigkeit darf nur auf Grund eines Gesetzes und gegen den Willen des Betroffenen nur dann eintreten, wenn der Betroffene dadurch nicht staatenlos wird.
(2) Kein Deutscher darf an das Ausland ausgeliefert werden. Durch Gesetz kann eine abweichende Regelung für Auslieferungen an einen Mitgliedstaat der Europäischen Union oder an einen internationalen Gerichtshof getroffen werden, soweit rechtsstaatliche Grundsätze gewahrt sind.

Artikel 16a
(1) Politisch Verfolgte genießen Asylrecht.
(2) Auf Absatz 1 kann sich nicht berufen, wer aus einem Mitgliedstaat der Europäischen Gemeinschaften oder aus einem anderen Drittstaat einreist, in dem die Anwendung des Abkommens über die Rechtsstellung der Flüchtlinge und der Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten sichergestellt ist. Die Staaten außerhalb der Europäischen Gemeinschaften, auf die die Voraussetzungen des Satzes 1 zutreffen, werden durch Gesetz, das der Zustimmung des Bundesrates bedarf, bestimmt. In den Fällen des Satzes 1 können aufenthaltsbeendende Maßnahmen unabhängig von einem hiergegen eingelegten Rechtsbehelf vollzogen werden.
(3) Durch Gesetz, das der Zustimmung des Bundesrates bedarf, können Staaten bestimmt werden, bei denen auf Grund der Rechtslage, der Rechtsanwendung und der allgemeinen politischen Verhältnisse gewährleistet erscheint, daß dort weder politische Verfolgung noch unmenschliche oder erniedrigende Bestrafung oder Behandlung stattfindet. Es wird vermutet, daß ein Ausländer aus einem solchen Staat nicht verfolgt wird, solange er nicht Tatsachen vorträgt, die die Annahme begründen, daß er entgegen dieser Vermutung politisch verfolgt wird.
(4) Die Vollziehung aufenthaltsbeendender Maßnahmen wird in den Fällen des Absatzes 3 und in anderen Fällen, die offensichtlich unbegründet sind oder als offensichtlich unbegründet gelten, durch das Gericht nur ausgesetzt, wenn ernstliche Zweifel an der Rechtmäßigkeit der Maßnahme bestehen; der Prüfungsumfang kann eingeschränkt werden und verspätetes Vorbringen unberücksichtigt bleiben. Das Nähere ist durch Gesetz zu bestimmen.
(5) Die Absätze 1 bis 4 stehen völkerrechtlichen Verträgen von Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaften untereinander und mit dritten Staaten nicht entgegen, die unter Beachtung der Verpflichtungen aus dem Abkommen über die Rechtsstellung der Flüchtlinge und der Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten, deren Anwendung in den Vertragsstaaten sichergestellt sein muß, Zuständigkeitsregelungen für die Prüfung von Asylbegehren einschließlich der gegenseitigen Anerkennung von Asylentscheidungen treffen.

Artikel 17
Jedermann hat das Recht, sich einzeln oder in Gemeinschaft mit anderen schriftlich mit Bitten oder Beschwerden an die zuständigen Stellen und an die Volksvertretung zu wenden.

Artikel 17a
(1) Gesetze über Wehrdienst und Ersatzdienst können bestimmen, daß für die Angehörigen der Streitkräfte und des Ersatzdienstes während der Zeit des Wehr- oder Ersatzdienstes das Grundrecht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten (Artikel 5 Abs. 1 Satz 1 erster Halbsatz), das Grundrecht der Versammlungsfreiheit (Artikel 8) und das Petitionsrecht (Artikel 17), soweit es das Recht gewährt, Bitten oder Beschwerden in Gemeinschaft mit anderen vorzubringen, eingeschränkt werden.
(2) Gesetze, die der Verteidigung einschließlich des Schutzes der Zivilbevölkerung dienen, können bestimmen, daß die Grundrechte der Freizügigkeit (Artikel 11) und der Unverletzlichkeit der Wohnung (Artikel 13) eingeschränkt werden.

Artikel 18
Wer die Freiheit der Meinungsäußerung, insbesondere die Pressefreiheit (Artikel 5 Abs. 1), die Lehrfreiheit (Artikel 5 Abs. 3), die Versammlungsfreiheit (Artikel 8), die Vereinigungsfreiheit (Artikel 9), das Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnis (Artikel 10), das Eigentum (Artikel 14) oder das Asylrecht (Artikel 16a) zum Kampfe gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung mißbraucht, verwirkt diese Grundrechte. Die Verwirkung und ihr Ausmaß werden durch das Bundesverfassungsgericht ausgesprochen.

Artikel 19
(1) Soweit nach diesem Grundgesetz ein Grundrecht durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes eingeschränkt werden kann, muß das Gesetz allgemein und nicht nur für den Einzelfall gelten. Außerdem muß das Gesetz das Grundrecht unter Angabe des Artikels nennen.
(2) In keinem Falle darf ein Grundrecht in seinem Wesensgehalt angetastet werden.
(3) Die Grundrechte gelten auch für inländische juristische Personen, soweit sie ihrem Wesen nach auf diese anwendbar sind.

(4) Wird jemand durch die öffentliche Gewalt in seinen Rechten verletzt, so steht ihm der Rechtsweg offen. Soweit eine andere Zuständigkeit nicht begründet ist, ist der ordentliche Rechtsweg gegeben. Artikel 10 Abs. 2 Satz 2 bleibt unberührt.

Artikel 20
(1) Die Bundesrepublik Deutschland ist ein demokratischer und sozialer Bundesstaat.
(2) Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus. Sie wird vom Volke in Wahlen und Abstimmungen und durch besondere Organe der Gesetzgebung, der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung ausgeübt.
(3) Die Gesetzgebung ist an die verfassungsmäßige Ordnung, die vollziehende Gewalt und die Rechtsprechung sind an Gesetz und Recht gebunden.
(4) Gegen jeden, der es unternimmt, diese Ordnung zu beseitigen, haben alle Deutschen das Recht zum Widerstand, wenn andere Abhilfe nicht möglich ist.

Wochenzeitung «DEMOKRATISCHER WIDERSTAND» (Der Widerstand) — Stimme der parteiunabhängigen liberalen Opposition und der kritischen Intelligenz in der Bundesrepublik Deutschland auf Basis des Grundgesetzes. | 5. Ausgabe ab Samstag, 16. Mai 2020. Redaktionsschluß war am 13. Mai 2020, 7 Uhr. Alle Beiträge sind Originalbeiträge für diese Zeitung, andere sind entsprechend bezeichnet. Nicht bezeichnete Fotos: privat. | **Auflage**: 500.000 Exemplare bundesweit. Spendenfinanzierte Vereinszeitung der Kommunikationsstelle Demokratischer Widerstand e.V.i.Gr., ZeitungsverkäuferInnen sind eingeladen, einen Obulus zu verlangen, der ihnen vollständig zugute kommt. | Bitte **Spenden** an den Demokratischen Widerstand, Verwendungszweck »Zeitung«, an K.D.W., Schatzmeisterin L. Thomas **IBAN DE 22 1005 0000 10 67 93 78 42** bei der Berliner Sparkasse.

Redaktion: Anselm Lenz, Hendrik Sodenkamp, Batseba N'diaye, Jill Sandjaja, Louise Thomas, Sven Sebastian Horner, Alexander Richter, Wolfgang Spraul, Friederike von Tippelskirch, Hermann Ploppa, Rosa von der Beek, Anne Höhne. **V.i.S.d.P.** Anselm Lenz & Hendrik Sodenkamp, Vorstand Kommunikationsstelle Demokratischer Widerstand e.V.i.Gr., Plantagenstraße 13, 13347 Berlin. | **Herausgegeben** von Anselm Lenz, Batseba N'diaye, Hendrik Sodenkamp mit Prof. Giorgio Agamben in Berlin im Mai 2020. **Druck:** Union Druckerei Berlin, Storkower Straße 127a, 10407 Berlin. Druckerei Monno, Ohlweg 2, 22885 Barsbüttel. SM Druckhaus GmbH, Otto-Hahn-Straße 44a, 63303 Dreieich. | Für Hinweise in dieser Zeitung auf Online-Links kann keine Haftung übernommen werden. Die Zeitung ist frei zur Verbreitung, Vervielfältigung, Kopie, Projektion, Abfotographie, Verfilmung und so weiter, sofern dies sinnwahrend geschieht.